

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 319 · 27. JAHRGANG · AUSGABE 2/2022 VOM 9. FEBRUAR 2022 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **BVB/Freie Wähler**  
setzen auf Sieg  
Bürgermeisterwahl 2022 in Bernau

8 | **Unmenschliche**  
Abschiebungen im Barnim  
»Immer nach Recht und Gesetz«

14 | **Der sogenannte**  
»sozialistische James Bond«  
Horst Hesse wohnte in Eberswalde

## Skandale im Eberswalder Rathaus



Foto: JÜRGEN GRAMZOW

Eberswalde (bbp). **Erinnern Sie sich an den »Fall Emmely«?** Die langjährig in der Supermarktkette Kaiser's Tengelmann beschäftigte Kassiererin und aktive Gewerkschafterin erhielt 2008 eine fristlose Kündigung. Ihr wurde vorgeworfen, daß sie zwei gefundene Leergutbons im Gesamtwert von 1,30 Euro eigenmächtig eingelöst habe. Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht bestätigten die Kündigung. Erst das Bundesarbeitsgericht gab Emmely wegen der Geringfügigkeit recht, bezeichnete das Einlösen der 1,30 Euro allerdings als »erhebliche Pflichtwidrigkeit«.

Kürzlich wurden gegen Ex-Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI Vorwürfe laut, er habe seinen Bundestagswahlkampf während seiner Arbeitszeit auf Steuerzahlkosten geführt und das sogar mit Unterstützung seiner städtischen Sekretärin (BBP Winter/2021). Ein vermutlich aktiver oder ehemaliger Stadtverwaltungsmitarbeiter faßte aufgrund der Berichte den Mut, per anonymen Brief den Stadtverordneten CARSTEN ZINN über ähnliche Vorfälle von Vorteilsnahme im Amt zu informieren. Konkret geht es hier um den Leiter der Eberswalder Berufsfeuerwehr. Selbiger nahm bestimmte Privilegien offensichtlich als ganz selbstverständlich in Anspruch. Wie eine Ermittlung der Frankfurter Staatsanwaltschaft im Jahr 2018 zeigt, war so etwas offenbar im Rathaus unter Boginskis Regentschaft nicht unüblich. Im Einzelfall handelt es sich regelmäßig um Bagatellen, vergleichbar mit dem »Emmely-Fall«. Da die ungerechtfertigten Privilegien jedoch über einen längeren Zeitraum immer wieder genutzt wurden, dürfte sich mit der Zeit durchaus beträchtlicher Schaden zulasten der Stadt angesammelt haben. Vom Ansehen der Stadt Eberswalde ganz zu schweigen.

Im Dezember 2017 hatten »Mitarbeiter der Stadtverwaltung« – ohne ihre Identität preiszugeben – der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) eine Strafanzeige gegen Boginski übermittelt. Der Vorwurf: »Seit 2007 macht er sich verschiedene Hausmeister des Amtes für Hochbau und Gebäudewirtschaft und Mitarbeiter der zentralen Dienste im Hauptamt für seine privaten Zwecke nutzbar«. So sollen die Hausmeister seitdem »mit städtischen Fahrzeugen und während ihrer Dienstzeit im Herbst die privaten Topfpflanzen des Bürgermeisters aus dem Garten seines Wohnhauses« abgeholt und sie »zur Überwinterung anfänglich in das Dienstgebäude in der Poratzstraße und dann in das Eberswalder Rathaus (Erdgeschoß im beheizten Nebentreppenhaus zur Kreuzstraße)« gebracht haben. Dort haben die Hausmeister sie »auch regelmäßig gegossen und im Frühjahr wieder zurücktransportiert. Dies wiederholte sich bis zum Winter 2015/16. (Herr Boginski hatte nun wohl einen privaten Wintergarten errichtet, wie man hörte.)«

Auf einem als Beweismittel vorgelegten Foto vom 9.11.2015 sei ein mit den Geburtstagsgeschenken des Bürgermeisters beladenes Dienstfahrzeug der zentralen Dienste zu sehen, die offensichtlich auf dem Weg zum Privathaus des Bürgermeisters waren. Boginski habe an diesem Tag im Rathaus ab 10.30 Uhr seinen 60. Geburtstag nachgefeiert. Der Fahrer des Fahrzeugs wurde namentlich als Zeuge benannt. Ein weiterer Zeuge habe während seiner Dienstzeit regelmäßig das Privatfahrzeug des Bürgermeisters zum Reifenwechsel oder Durchsicht zur Werkstatt

gefahren. Er wurde auch am Steuer des Privatfahrzeugs der Ehefrau Boginskis beobachtet, für die er ähnliche Dienstleistungen erbracht habe.

Über die Strafanzeige und die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wurde die Stadtverordnetenversammlung als Dienstvorgesetztes des Bürgermeisters nicht informiert. Die Staatsanwaltschaft hat einige Zeugen vernommen, die als Angestellte der Stadtverwaltung zuvor eine Aussagegenehmigung ihres Dienstvorgesetzten – also des Beschuldigten – benötigten. Diese wurde ihnen vom zuständigen Rechtsamtsleiter Stefan Müller auch erteilt. Wie es heißt, nachdem dieser die Zeugen »eindringlich belehrt« hatte. Die Zeugen konnten sich dann auch gar nicht mehr recht erinnern. Es wird spekuliert, daß im Nachhinein noch eine entgeltliche Vereinbarung fingiert wurde, deren Begleichung für den Bürgermeister ohnehin lediglich Peanuts darstellen würde.

Wie dem auch sei, die Staatsanwaltschaft stellte das Ermittlungsverfahren nach § 170 Abs. 2 der Strafprozeßordnung (StPO) ein.

Auch im aktuellen Fall wurden die Vorwürfe anonym erhoben: »Viele »Otto Normale« bzw. Arbeitnehmer, zu welchen ich mich auch zähle, trauen sich gar nicht mehr, Kritik öffentlich zu äußern oder Dinge und Sachverhalte gegenüber ihren direkten Vorgesetzten kritisch und offen zu hinterfragen.« So beginnt ein anonymes Brief, den jüngst der Stadtverordnete Carsten Zinn in seinem Briefkasten fand.

Fortsetzung auf Seite 3

## Vom Rumpelstilzchen

*Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser, der Vers vom Brauen und Backen geht nicht mehr aus dem Kopf. Hört und schaut man sich um, dann wird man das Gefühl nicht los, da braut sich gehörig was zusammen. Richtig faßbar scheint die Angelegenheit nicht zu sein. Zutaten sind reichlich vorhanden, gut verrührt, kräftig geknetet, abgedeckt und warm gestellt. Die Masse gärt vor sich hin. Der Teig wirft Blasen und wird Tag für Tag größer. Was soll das werden? Wohin soll das führen?*

*Ein einfach strukturierter Virus kann nicht anders und verfolgt seine einfachen ökologischen Ziele. Und wir sind der Wirt. Schön warm hat er es bei uns. Schon dadurch bringt er die Organisation der entwickelten Staaten an den Rand der Verzweiflung.*

*Bevor die schwirrenden Gedanken auf politische Korrektheit, Gerechtigkeit der Geschlechter, Nachhaltigkeit und ihren Anteil am Kohlenlengas geprüft sind, sind sie schon wieder verflogen. Irgendwas ist schon länger faul im Staate. Verfolgen wir vernünftige Ziele? Sind wir angemessen und effektiv organisiert? Wohl kaum.*

*Gerade verzweifeln wir masochistisch daran, uns gegenseitig vor Infektionen zu schützen. Manche verlangen nach des Staates starker Hand und demonstrieren für die Freiheit vor der Impfung. Als ob irgendein Staat die Entwicklung von Viren bestimmen könnte. Was wird, wenn es kompliziert wird? Zur Ablenkung faselt man vom Krieg mit den Russen. Sind die Typen noch zu retten?*

*Zunächst müssen wir uns selbst schützen. Aber wir haben es zugelassen, daß sich unzählige Organisationen, Helfer, Vorgesetzte, Ratgeber, Experten, Meinungsmacher, Vermittler und wie sich alle nennen, zwischen uns geschoben haben. Wir können uns gar nicht mehr erinnern, wie wir ohne die Kommandos der Chefs, ohne Rechtsstaat und seine vielen weitverzweigten Organisationen überleben würden. Vielleicht hilft es, sich an unser Erfolgsmodell zu erinnern. Bis zum heutigen Tage beruht die menschliche Entwicklung darauf, daß wir unsere Konflikte durch Kooperation und Verständigung lösen. Dafür braucht es gegenseitige Achtung, etwas Verstand, viel Zeit und den Willen zur aufrechten Kommunikation. Tatsächlich ist uns die Fähigkeit zur Kooperation angeboren. Sonst wären wir keine Menschen. Um etwas zu ändern, bräuchten wir also nichts anderes tun, als sich auf uns selbst zu besinnen und ab und an auf unser Gegenüber wirklich einzulassen. Sie werden sich wundern, was dann auf einmal alles möglich ist. Warum fällt uns das so schwer? Ist es die Hektik, unser Reichtum, die unsichtbare Hand des Marktes oder nur Gewohnheit? Vielleicht versuchen wir es einmal mit selbstbestimmten Aktivitäten. Einfach mal das machen, wozu man gerade Lust und Laune hat. Ganz einfach so im Geheimen. Ach wie gut, daß niemand weiß, daß ich Rumpelstilzchen heiß.*

Dr. MANFRED PFAFF

## Anschlag auf FDP-Parteibüro

Eberswalde (bbp). Anfang Dezember hatten unbekannte Täter das Bürgerbüro der Bündnisgrünen mit Steinen beworfen und die Schaufensterscheibe sowie die Eingangstür beschädigt (BBP 12/2021). Kurz vor Weihnachten, teilte die für den Barnim zuständige Polizeipressestelle mit, war auch das Fraktionsbüro der FDP in der Paul-Radack-Straße von einem Gewaltakt betroffen. In der Nacht vom 22. De-

zember warfen unbekannte Täter zwei mit schwarzer Farbe befüllte Gläser gegen die Glasfront des Fraktionsbüros der FDP in der Paul-Radack-Straße. Die Farbe verteilte sich auf die Glasfront, die Fassade und den Briefkasten. Der Schaden beträgt geschätzte 5.000 Euro. Die Kriminalpolizei der Direktion hat die Ermittlungen zur Sachbeschädigung durch Graffiti aufgenommen.

## Stilles Gedenken an Opfer des Faschismus

**Eberswalde (prest-ew).** Am 27. Januar wurde in Eberswalde mit einer Kranzniederlegung auf dem Karl-Marx-Platz an die Opfer des Holocaust erinnert. Zum stillen Gedenken kamen zahlreiche Eberswalder Bürgerinnen und Bürger und gedachten der Opfer, indem sie Blumen an den Gedenkstein niederlegten und Kerzen anzündeten. Eberswaldes Erste Beigeordnete Anne Fellner gedachte gemeinsam mit Verwaltungsdezernent Maik Berendt und dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, Martin Hoeck, am Denkmal für die Opfer des Faschismus am Karl-Marx-Platz. Sie

sagte: »Heute vor 77 Jahren, am 27. Januar 1945, erfolgte die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau durch die Rote Armee. Wir gedenken der Entrechteten, Gequälten und Ermordeten, all derer, die die nationalsozialistische Ideologie zu Feinden erklärt und verfolgt hatte. Wir erinnern auch an diejenigen, die mutig Widerstand leisteten oder anderen Schutz und Hilfe gewährten. Dieses Gedenken vereint uns in Verantwortung für unsere Stadt und unsere Demokratie – gerade auch in Zeiten, in denen rechtsextreme, antisemitische und fremdenfeindliche Ideologie und Sprache wieder in unserer Gesellschaft Fuß faßt.«

## Volksbegehren auf Kurs

*Erhebliche Behinderungen durch Kommunen und Corona gebieten Fristverlängerung*

**Potsdam (bbp).** »BVB/Freie Wähler nimmt die am 12. Januar veröffentlichten Zahlen zum Stand des Volksbegehrens 'Erschließungsbeiträge abschaffen!' als Ansporn, in den verbleibenden Monaten alles zu geben, um die nötigen 80.000 Unterschriften zu schaffen«, heißt es in einer Pressemitteilung der Wählervereinigung vom gleichen Tag. Zugleich wird darauf hingewiesen, daß die vom Landeswahlleiter veröffentlichte Zahl von 21.773 Eintragungen den aktuellen Stand nur zum Teil widerspiegelt. Denn die Organisatoren des Volksbegehrens waren schon Anfang Dezember zu einer Form der Straßensammlung übergegangen. »Hierbei haben Bürger die Möglichkeit, sich in Sammel listen einzutragen, die dann wie ein schriftlicher Antrag auf Zusendung der Briefeintragungsunterlagen gewertet werden. Die Zuleitung und Bearbeitung dieser Listen im Rathaus samt Zusendung und Rücksendung der Briefe führt zu einer Verzögerung, so daß die auf diesem Wege gewonnenen Unterschriften noch nicht berücksichtigt sind. Preist man diese ein, liegt das Volksbegehren schon bei etwa der doppelten Zahl.«

Zugleich beklagen die Organisatoren eine beispiellose Behinderung des Volksbegehrens, die bereits zu einem Nettoverlust von etwa 15.000 Unterschriften geführt habe. »Die Probleme reichen von der Nichtzuleitung der Briefeintragungsunterlagen oder die massiv verzögerte Bearbeitung dieser über die Blockierung gängiger Mailadressen, sodaß die Briefwahlanforderung Tausender Bürger erfolglos verlief, bis hin zur Löschung von Bestellungen und die unzureichende

Online-Darstellung auf den Webseiten der Gemeinden. Selbst jetzt, nach der Hälfte der regulären Zeit, sind die Mängel nicht überall abgestellt.« Hinzu komme, daß durch Corona die persönliche und telefonische Erreichbarkeit vieler Rathäuser extrem eingeschränkt ist. Deswegen fordert BVB/Freie Wähler einen Nachteilsausgleich in Form einer angemessenen Fristverlängerung. »Alle Lebensbereiche unterliegen derzeit einer massiven Einschränkung. Die politische Kommunikation und direkte Bürgeransprache etwa in Form von Versammlungen oder Infoständen ist erschwert. All dies in Summe führt dazu, daß das Volksbegehren 'Erschließungsbeiträge abschaffen!' nicht mehr unter fairen und den gesetzlichen Mindestansprüchen genügenden Bedingungen durchgeführt werden kann. Wir gehen davon aus, daß die demokratischen Parteien dieses grundsätzliche Problem erkennen und eine faire und angemessene Lösung finden.«

Unabhängig davon wollen die Organisatoren alle Kräfte mobilisieren. Es gebe noch Regionen mit »hohem, nicht abgerufenem Potential«. Gerade dort will die Initiative nun noch aktiv werden, um für die Eintragung in die Sammel listen zu werben. Die Initiatoren sind der Überzeugung, »daß Straßen als Güter der Allgemeinheit nicht von einigen wenigen, die zufällig an ihnen wohnen, bezahlt werden sollten. Es ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, daß Familien und Senioren nicht einseitig und unverhältnismäßig belastet werden. Die Abschaffung der Erschließungsbeiträge ist ein wichtiger Schritt hin zur fairen Ausgestaltung staatlicher Daseinsvorsorge.«

Bürgermeisterwahlen 2022 in Bernau:

## **BVB/Freie Wähler: Wir setzen auf Sieg**

**Bernau (bbp).** Im Jahr 2022 werden in den beiden größten Städten des Landkreises Barnim neue Bürgermeister gewählt. Während in Eberswalde im März infolge des Wechsels von Friedhelm Boginski (FDP) vorzeitig gewählt wird, müssen die Bernauer an die Wahlurne, weil die reguläre achtjährige Amtszeit von André Stahl (Die Linke) in diesem Jahr endet. Die Bernauer Bürgermeisterwahlen finden im Juni statt.

BVB/Freie Wähler Bernau haben bereits im Dezember ANETTE KLUTH als ihre Bürgermeisterkandidatin nominiert. Sie ist seit 2019 Stadtverordnete in Bernau und stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Sie hat sich vor allem in den Bereichen Stadtentwicklung sowie soziale und Bildungsinfrastruktur profiliert. Die 41-Jährige lebt mit ihrem Mann und zwei Kindern in Bernau. Sie ist gelernte Hotelfachfrau mit Führungserfahrung und arbeitet seit vielen Jahren in der Verwaltung im Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Zu ihrer Bewerbung erklärt die Bürgermeisterkandidatin: *»Ich bin eine Frau, die Dinge verändern möchte, hierfür die Ärmel hochkrempelt und anpackt. Ich glaube, daß wir den massiven Zuzug deutlich reduzieren und in ordentliche Bahnen lenken müssen, damit die Infrastruktur für Kitas, Schulen, Ärzte und andere Einrichtungen mitwachsen kann. Eine weitere Verdichtung lehne ich ab und möchte die vom jetzigen Bürgermeister verfolgte Politik der immer stärkeren Bebauung deutlich ändern. Wir müssen Bernau als grüne Wohnstadt für unsere Kinder erhalten. Nur so bekommen wir die Verkehrssituation in den Griff. Die täglichen Staus sind ein Ärgernis für viele von uns. Einen Einbahnstraßenring um die Bernauer Innenstadt, wie ihn der Bürgermeister vorhat, lehne ich ab. Vielmehr möchte ich das fortsetzen, was ich auch als Stadtverordnete getan habe: Einsatz für sichere Schulwege, bessere Freizeitangebote für alle, ein familienfreundliches Rathaus und eine gute Versorgung mit schnell erreichbaren, wohnortnahen Kitaplätzen. Zudem möchte ich, daß die direkte Bürgerbeteiligung mehr Raum bekommt.«*

Nachdem BVB/Freie Wähler 2019 sowohl bei der Kommunalwahl als auch bei der Landtagswahl in Bernau die meisten Stimmen erhielten, setzt die Bürgerbewegung nun auch bei der Bürgermeisterwahl auf Sieg. Der Landesverband hat volle Unterstützung für die Bernauer Kandidatin zugesagt. Landesvorsitzender Péter Vida hierzu: *»Ich kenne Anette Kluth seit vielen Jahren. Sie bringt den Fleiß und Einsatz mit, den es braucht, um eine ehrliche Sachwalterin der Bürgerinteressen zu sein. Mit ihrer charakterlichen Integrität und Herzlichkeit im Umgang mit den Bürgern begeistert sie die Menschen, sodaß sich viele mit ihr identifizieren können. Sie ist keine Partnerin der Eliten, sondern eine wahrhafte Fürsprecherin aller Bernauer. Ich werde sie daher mit voller Kraft unterstützen und gemeinsam mit ihr in den Wahlkampf ziehen. Ich halte Anette Kluth inhaltlich und menschlich für am besten für das Amt als Bürgermeisterin qualifiziert. Es braucht jemanden wie sie, die auch den alltäglichen, ‚kleinen‘ Problemen und Anliegen unermüdlich nachgeht und dabei jedem Bürger mit Respekt begegnet.«*



Anette Kluth soll für BVB/Freie Wähler das Bürgermeisteramt in Bernau erkämpfen.

Ein weiterer Schwerpunkt von BVB/Freie Wähler ist die bessere Anbindung der Ortsteile. Gerade hier braucht es eine spürbare infrastrukturelle Erweiterung. Dabei stehen die Realisierung einer weiträumigen Ortsumgehungsstraße in Zusammenarbeit mit dem Land und eine sinnvollere Bustaktung in allen Stadtteilen ganz oben auf der Agenda. Zugleich will die Bürgerbewegung ihre Arbeit für sozial gerechte Kommunalabgaben, die Familien und Senioren nicht unangemessen belasten, fortsetzen. So gehört Anette Kluth zu den engagiertesten Unterstützern des laufenden Volksbegehrens *»Erschließungsbeiträge abschaffen«*, welches gerade in Bernau auf große Zustimmung stößt.

*»Ich glaube«, so Anette Kluth, »daß ich mit 41 Jahren im besten Alter für das Amt der Bürgermeisterin bin – alt genug, um schon genügend Erfahrung gesammelt zu haben und jung genug, um mit frischen Ideen Bernau in den nächsten Jahren nach vorn zu bringen. Außerdem kann ich gut zwischen den Generationen vermitteln und die Interessen von Kindern, Eltern und Großeltern zusammenbringen. Bernau braucht eine Bürgermeisterin, für deren Handeln allein die Bürgerinnen und Bürger der Stadt der Maßstab sind.«*

Fortsetzung von Seite 1:

## **Skandale im Rathaus**

Der Anonymus\* spricht von *»persönlichen, negativen Erfahrungen«*, die ihn davon abhalten, mit Namen und Adresse zu agieren.

Ähnliche Vorteilsnahmen wie aktuell im Zusammenhang mit der Bundestagswahl von Ex-Bürgermeister Boginski, so der Anonymus, soll sich der städtische Feuerwehrchef Nikolaus M. geleistet haben. *»Seit vielen Jahren«, so der Vorwurf, »ließ sich Herr M. nahezu täglich vom diensthabenden Wachabteilungsleiter oder Gruppenführer bzw. beauftragten Beamten der Eberswalder Berufsfeuerwehr morgens vom Eberswalder Hauptbahnhof mit einem Einsatzfahrzeug abholen und am Nachmittag wieder zum Bahnhof fahren. In regelmäßigen Abständen (häufigen Fällen) ließ er sich sogar bis nach Hause nach Chorin fahren. Die Ortschaft Chorin liegt nicht im Einsatzbereich der Feuerwehr Eberswalde. In einigen Fällen nutzte Herr M. ein Dienstfahrzeug der Stadt Eberswalde und fuhr selbständig (Hin- und Rücktouren).«*

Letzteres sei mit der Pandemie zur Gewohnheit geworden. M. fahre mit seinem Dienstfahrzeug täglich vom Wohnort zur Arbeit und zurück, obwohl er als Amtsleiter keine Rufbereitschaften zu leisten habe, die das gegebenenfalls rechtfertigen könnten. Der Anonymus fragt, welchen rechtlichen Hintergrund ein solches Privileg haben könne.

*»Die Aussage, sich vor einer Infektion durch die Nutzung des ÖPNV schützen oder gar mobil bleiben zu wollen für Einsätze im Tagesgeschehen, können im Zusammenhang des Sachverhaltes nicht gerechtfertigt sein, um auf Kosten des Steuerzahlers zur Arbeit und wieder nach Hause zu kommen. Herr M. steht als Amtsleiter in einem Arbeitnehmerverhältnis wie jeder andere auch. Auch er muß selbständig sicherstellen, wie er täglich zur Arbeit und zurückkommt, ohne sich jahrelang städtischer bzw. staatlicher Mittel zu bedienen.«*

Der Anonymus bemerkt zum Schluß, daß seine Schilderungen *»nur einen Bruchteil von Ereignissen und Tatsachen im Zusammenhang mit der Berichterstattung«* darstellen würden.

Insoweit steht die neue Bürgermeisterin oder der neue Bürgermeister offensichtlich vor einigen Aufgaben.

\* Da wir nicht wissen ob es sich um einen Anonymus oder eine Anonyma handelt, Frauen aber gewöhnlicherweise mehr Mut zur Offenheit haben, verwenden wir hier und im Folgenden die männliche Form.

## **Waffenexport läuft auf Hochtouren**

**Berlin (bbp).** In den ersten sieben Wochen ihrer Amtszeit hat die neue Bundesregierung bereits Waffenexporte für 2,2 Milliarden Euro genehmigt, wie am 1. Februar die Tageszeitung *»Junge Welt«* berichtete. Das entspricht bereits nahezu dem Umfang der Waffenexporte im ersten Halbjahr 2021, als Genehmigungen in einem Umfang von 2,3 Milliarden erteilt wurden. Insgesamt wurden 2021 Waffen im Wert von mehr als 9 Milliarden Euro exportiert. Größter Abnehmer war Ägypten. Die neuen Exporte gingen hauptsächlich an EU und NATO-Mitglieder oder gleichgestellte Staaten wie Australien, Japan oder Neuseeland. Allein 1,8 Milliarden Euro, vor allem Artilleriemunition verschiedener Kaliber, gingen in die Niederlande.

## 7.000 € für ein Fahrrad

**Eberswalde (bbp).** Das ist natürlich kein normales Fahrrad. Und es ist auch nicht bloß ein elektrisch angetriebenes Fahrrad, sondern zugleich ein Lastenfahrrad, das sich die Stadtverwaltung für den Bereich Gebäudewirtschaft angeschafft hat. Künftig soll dieses E-Lastenrad den städtischen Hausmeistern und Platzwarten im Rahmen der Objektbetreuung als Pendelfahrzeug und zur Materialbeschaffung dienen. Die erwartete jährliche Laufleistung wird mit 1.300 Kilometern angegeben, was einer Einsparung von 217 Kilogramm Kohlendioxid entspreche. Außerdem soll das E-Lastenrad eine Vorbildfunktion erfüllen und die Kinder und Jugendlichen motivieren und zu deren Umweltbildung beitragen.



FOTO: STADTVERWALTUNG EBERSWALDE / AMT 60

Die Beschaffung des E-Lastenrads erfolgte im Rahmen der »Richtlinie des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung zur Förderung von Lastenfahrrädern« vom 18.12.2020 durch eine öffentliche Ausschreibung. Die Gesamtkosten für das Lastenfahrrad, einschließlich Transportbox, Schutzhelm, Sicherheitsschloß, Luftpumpe und Lieferung belaufen sich auf 7.080,50 Euro. Das Ministerium hat einen Anteil von 3.102,63 Euro zugesprochen, so daß sich der haushaltswirksame Eigenanteil der Stadt auf 3.977,87 Euro beläuft.

Die Stadtverordnete KAREN OEHLER (Bündnis 90/Die Grünen) gab anlässlich der Information im Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt am 30. November die Anregung, das E-Lastenfahrrad als Werbeträger für die Stadt Eberswalde zu nutzen.

Wie eine Nachfrage von FRANK BANASKIEWICZ (FDP/Bürgerfraktion Barnim) ergab, werden innerhalb der Stadtverwaltung bereits insgesamt vier E-Lastenräder genutzt. Für den Hausmeisterbereich Innenstadt und den Platzwart/Hausmeisterbereich Finow (Amt 60 Hochbau und Gebäudewirtschaft) gebe es jeweils ein Lastenrad. Zwei weitere werden im Familiengarten eingesetzt. Darüber hinaus sind zwei Lastenräder für den Bauhof bestellt, die aber noch nicht geliefert wurden. Diverse E-Fahrzeuge wurden auch für den Eberswalder Tierpark angeschafft, wobei unbekannt sei, ob auch Lastenfahrräder dabei sind.

## Schulcampus gehört in den Kiez

Der Kreistag Barnim hatte am 1. Dezember 2021 beschlossen, die Ruinen im Bereich des ehemaligen Finanz- und Arbeitsamtes an der Eberswalder Straße 106 bis 108 zurückzubauen. Anfang Januar begannen die Abrißarbeiten. Derzeit wird im Rahmen einer Flächennutzungsplanänderung geprüft, ob das Grundstück für einen Schulneubau geeignet ist. Dabei sind auch die künftigen Gefährdungen für die Schülerinnen und Schüler durch die geplante 380-kV-Höchstspannungsleitung zu berücksichtigen, denn die geplanten Schulgebäude werden sich im Bereich erhöhter elektromagnetischer Strahlung befinden.

Um unsere Kinder vor gesundheitlichen Schäden zu bewahren, ist es aus unserer Sicht geboten, für den Schulneubau einen besser geeigneten Standort zu finden, z.B. im Osten des Brandenburgischen Viertels. Das Areal an der Eberswalder Straße kann dann endlich, wie es der geltende Flächennutzungsplan der Stadt Eberswalde vorsieht, aufgeforstet werden. Da-

mit wird der Nord-Süd-Grünzug Wolfswinkel realisiert, dem bereits der Eberswalder Landschaftsplan von 1998 eine besondere Bedeutung beimißt.

Während der Landkreis einen Oberschulneubau in Eberswalde vorantreibt, wird auch über die Notwendigkeit einer neuen Grundschule spekuliert, während zugleich viele Eltern den Mangel an Kita-Plätzen in der Stadt spüren. Um so befremdlicher ist die Tatsache, daß die städtische Stellungnahme zum aktuellen Kitabedarfs- und Schulentwicklungsplan an der Stadtverordnetenversammlung vorbei erarbeitet wurde. Wir haben daher dafür gesorgt, daß das Thema Kitabedarf und Schulentwicklung im Februar in den städtischen Gremien behandelt wird. Das von uns für den Oberschulcampus vorgeschlagene Terrain könnte gegebenenfalls auch für eine neue Grundschule genutzt werden.

MIRKO WOLFGGRAMM, Fraktionsvorsitzender  
Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur

Stadtverordnetenversammlung Eberswalde:

## Transparenz bleibt erstmal erhalten

Auch im neuen Jahr wird es Liveübertragungen der Stadtverordnetenversammlungen im Internet geben. Der Versuch einiger Fraktionen, den Livestream ohne Diskussion in der Sache still und heimlich einfach dadurch abzuschaffen, daß die eingeplanten Haushaltsmittel für andere Aufgaben verwendet werden, konnte nicht zuletzt dank der Aktivitäten unserer Fraktion aufgedeckt und abgewendet werden.

Mit dem Livestreaming wurde den Bürgerinnen und Bürgern eine Möglichkeit gegeben, die Aktivitäten ihrer gewählten Volksvertreter zu verfolgen, ohne sich persönlich auf den Weg zur Tagungsstätte machen zu müssen. Zusätzlich haben alle Interessierten die Möglichkeit, die Stadtverordnetenversammlung auch zeitversetzt zu verfolgen und gegebenenfalls für sie wichtige Passagen sich wiederholt anzuschauen und anzuhören. Statt die neue Möglichkeit für Transparenz abzuschaffen, gilt es, die Erfahrungen auszuwerten und Verbesserungen zu disku-

tieren. Auch sollten die Streams mindestens bis zum Ende der Wahlperiode zugänglich bleiben und dann archiviert werden.

Im Zusammenhang mit der Pseudodiskussion zum Klimaschutz in der Weinbergstraße schlagen wir vor, begrünte Fassaden und Dächer zu fördern.

Es ist gut, wenn über das Thema Ärztemangel geredet wird – wengleich die Misere im profitorientierten BRD-Gesundheitssystem mit fehlenden Kapazitäten in der Ärzteausbildung, Fallpauschalen und leistungsmindernder Ärztevergütung auf kommunaler Ebene nicht zu lösen ist. Den Stadtverordneten ist Symbolpolitik möglich, die aber immerhin auf das Problem aufmerksam machen kann. Die im Januar geplante Klausurtagung, mit der solch ein Zeichen gesetzt werden sollte, fiel leider wegen Corona aus.

MIRKO WOLFGGRAMM, Fraktionsvorsitzender  
Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur

## Was wir alles nicht über China wissen

Bernau bei Berlin, 29. Januar, um 15 Uhr: Wir nähern uns, dank der Auskünfte und seines Vortrages von Dr. UWE BEHRENS zur VR China, einer uns meist unbekannteren Lebenswelt dieses riesigen fernöstlichen Staates. Wir erahnen die sozialen, wirtschaftlichen und staatlichen Dimensionen der Entwicklung dieses Landes, vom überwiegenden Analphabetismus zum heutigen Bildungsstand und dem Willen zu lernen, als Grundlage eines besseren Lebens. Uns wird ansatzweise deutlich, welche großen Gefahren sich aus den geostrategischen

Absichten der USA und ihrer Verbündeten für den Weltfrieden ergeben. Die vermittelten Informationen des Kenners chinesischer Entwicklung in den letzten fast 30 Jahren sind für uns zugleich Herausforderung, so mancher hierigen Berichterstattung und deren Ziele mit Skepsis zu begegnen.

Voraussetzung für solche Zusammenkünfte, so unsere gewonnene Erfahrung, ist ein Hygienekonzept und dessen strikte Umsetzung.

KLAUS-DIETER JÄSCHKE,  
RotFuchs-Förderverein e.V.

Schulgesundheitsfachkräfte:

## Nur zwei Landtagsfraktionen antworteten

**Eberswalde (bbp).** Im November hatten sich die Stadtverordneten ausgehend von einem Beschlussvorschlag der Linken klar zu einer langfristigen Verankerung der bestehenden Stellen von Schulgesundheitsfachkräften in der Stadt Eberswalde bekannt und ihre Ablehnung zur Absicht, das erfolgreiche Projekt zum 31. Dezember 2021 zu beenden, kundgetan.

Entsprechend dem Beschluss wandte sich die amtierende Bürgermeisterin ANNE FELLNER am 1. Dezember per Brief an den Ministerpräsidenten, die Ministerien für Bildung, für Finanzen und für Soziales sowie die Landtagsfraktionen und verdeutlichte »das Unverständnis der Stadtverordneten zum geplanten Auslaufen des Projektes«. Im Interesse der Schülerinnen und Schüler, aber auch der Eltern und des Lehrkörpers bat Anne Fellner, daß die Angeschriebenen in ihren Gremien darüber beraten, »die bereits geschaffenen Strukturen zu sichern und die Schulgesundheitskräfte als festen Bestandteil des Schulpersonals zu etablieren«. Inzwischen hatte der Kreistag am 1. Dezember auf Vorschlag von BVB/Free Wähler für ein Jahr die Kosten für die Schulgesundheitsfachkräfte übernommen,

um dem Land Zeit für die Weiterführung des Projekts zu geben (Seite 10).

Wie die städtische Pressestelle auf Nachfrage mitteilte, haben der Ministerpräsident und das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport das Anliegen »der Zuständigkeit halber« an das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz weiterverwiesen. Von letzterem liege noch keine Antwort vor. Das gilt auch für das Finanzministerium. Von den sechs Fraktionen im Landtag haben bisher zwei geantwortet.

Für die CDU-Fraktion verwies deren Fraktionsvorsitzender Dr. JAN REDMANN auf die finanziellen Herausforderungen infolge der sogenannten Corona-Pandemie. Daher seien für 2022 in vielen Bereichen Kürzungen vorgesehen. »Glauben Sie mir«, so Redmann, »keine der anstehenden Einsparungen wurde mit Leichtigkeit getroffen, hierzu wurde immer lange und kontrovers diskutiert«. Eine intensive Evaluation des Modellprojekts Schulgesundheitsfachkräfte habe gezeigt, »daß diese eine wichtige Ergänzung und Unterstützung der Schulsozialarbeit darstellen. Eine Verstärkung oder gar Ausweitung des

Projekts ist jedoch derzeit aus finanzieller Sicht nicht möglich. Diese Entscheidung ist mir und meiner Fraktion nicht leichtgefallen. Sie richtet sich nicht gegen Schulgesundheitsfachkräfte und ihre engagierte Arbeit, sondern ist einzig und allein den notwendigen Einsparungen im Landeshaushalt geschuldet.« Das Thema Schulgesundheitsfachkräfte sei damit nicht vom Tisch, versichert der CDU-Fraktionsvorsitzende. »Die Diskussionen werden weitergeführt und es wird in der Zukunft nach Lösungen gesucht, das erfolgreiche Projekt auf alle Schulen in Brandenburg auszuweiten.«

Als zweite Fraktion antworteten Bündnis 90/Die Grünen. Die Fraktion unterstrich erneut, daß sie sich für den Erhalt der Schulgesundheitsfachkräfte eingesetzt, der Erhalt dieser aber leider im Landtag keine Mehrheit gefunden habe. Damit verbunden freue man sich umso mehr über jeden Landkreis und jede Kommune, die bereit sind, die Schulgesundheitsfachkräfte aus eigenen Mitteln zu erhalten, wie zum Beispiel der Landkreis Barnim für Eberswalde. Damit verbunden drückte die Fraktion die Hoffnung aus, auf der Basis der Erhaltung der Kräfte durch die Kommunen in Zukunft aufbauen zu können, um eine langfristige Lösung zum Erhalt der Schulgesundheitsfachkräfte, eventuell auch wieder auf Landesebene, erreichen zu können.

## 25. Eberswalder Berufemarkt erst im Mai

**Eberswalde (prest-ew).** Die Jubiläums-Ausgabe des Eberswalder Berufemarktes wird vom geplanten Termin im Januar auf den 21. Mai 2022 verschoben. Darauf haben sich die Veranstalter, das Oberstufenzentrum II Barnim, die Stadt Eberswalde und die Arbeitsagentur Eberswalde verständigt.

»Wir haben lange überlegt, aber das aktuelle Infektionsgeschehen läßt uns keine andere Möglichkeit und wir bitten alle Aussteller, die sich schon angemeldet haben, und natürlich auch die Jugendlichen, die auf diese Messe schon lange warten, um Verständnis«, erklärt CONSTANZE HILDEBRANDT, Geschäftsführerin Operativ der Agentur für Arbeit Eberswalde. »Mit dem Monat Mai sind wir jetzt auf Nummer sicher gegangen und Aussteller können sich weiter auf der Homepage des OZS II Barnim für den neuen Termin anmelden.«

Bereits ausgewählt wurde das Siegerplakat für den 25. Eberswalder Berufemarkt. 21 Schülerinnen und Schüler des beruflichen Gymnasi-

ums am OSZ II Barnim und Auszubildende zum Schilder- und Lichtreklamehersteller hatten sich am diesjährigen Plakatwettbewerb beteiligt. CÄCILIA SCHICKETANZ aus Spremberg, Auszubildende im dritten Lehrjahr, konnte die Jury aus Vertretern der Veranstalter und der Schülerschaft mit ihrem Plakatentwurf überzeugen. LISA KINDERMANN aus Mecklenburg-Vorpommern und ebenfalls im dritten Lehrjahr sowie die Eberswalderin SORAYA THIEDE aus der 12. Klasse des beruflichen Gymnasiums belegten mit ihren Plakaten die Plätze 2 und 3.

Der Leiter des Oberstufenzentrums II Barnim, ANDRÉ HAASE, freut sich über die rege

Beteiligung der Jugendlichen: »Bei den Auszubildenden, die sich am Plakatwettbewerb beteiligt haben, und bei ihrer Fachlehrerin Antje Palm möchte ich mich besonders bedanken. Es stecken viele Stunden Arbeit und eine große Portion Kreativität in allen vorgestellten Plakaten.«

SIMONE KOLBE, die kommissarische Leiterin des Referates für Wirtschaftsförderung der Stadtverwaltung, erklärt: »Mit dem neuen Termin erstmalig im Mai sprechen wir sowohl die Schulabgänger an, die noch auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz 2022 sein werden, als auch jüngere Schülerinnen und Schüler, die sich schon für die Folgejahre orientieren wollen und auf der Suche nach Praktika sind. Wir hoffen natürlich auf eine ebenso große Resonanz wie sonst im Winter und würden uns über weitere Anmeldungen von Ausstellern sehr freuen.« Online-Anmeldungen sind ab sofort auf der Homepage des OSZ II unter <https://osz2.barnim.de> möglich.

Friedensgebete in Eberswalde:

## Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Der ÖKUMENISCHE ARBEITSKREIS EBERSWALDE, in dem die Christlichen Kirchengemeinden in der Stadt zusammenarbeiten, will einen Versuch unternehmen, die Spannungen abzubauen und für diese Stadt und den Zusammenhalt unter den Menschen zu beten. Deshalb haben wir folgende Einladung herausgegeben:

Wir leben in einer schwierigen Zeit mit vielen ausgesprochenen und unausgesprochenen Wahrheiten. Das Corona-Virus hat dafür ge-

sorgt, daß viele Facetten unserer Gesellschaft deutlicher sichtbar werden und viele neue Nöte entstehen. Die Gesellschaft droht auseinanderzufallen.

Deshalb laden die Kirchengemeinden der Stadt, die im ökumenischen Arbeitskreis zusammenkommen, ein zu einem Friedensgebet für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Am 1. Februar fand das erste Friedensgebet in diesem Zusammenhang statt. Darauf folgend soll nun dieses Friedensgebet an jedem

Dienstag um 17 Uhr in der Maria-Magdalenen-Kirche stattfinden. Es wird Raum sein, Befürchtungen, Ängste und Hoffnungen vor Gott zu tragen und eine Kerze für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu entzünden. Dabei, so hoffen wir, werden sich Menschen unterschiedlicher Ansicht zuhören, ohne sich etwas zu entgegnen. Wir glauben, daß auch Gott unser Gebet so erreicht. Nach dem Friedensgebet können dann Teilnehmer gern miteinander ins Gespräch kommen.

Für den ökumenischen Arbeitskreis und die gastgebende Evangelische Stadtkirchengemeinde Eberswalde  
Pfarrer HANNS-PETER GIERING

## Verpaßte Chancen

»Gern hätte ich heute auch wieder aktiv am Gedenken teilgenommen, leider verhindert dies eine Quarantäne. Gerade in diesen Zeiten, wo es zunehmend Menschen egal ist, wenn sie mit Rechten und Faschisten demonstrieren, ist das Gedenken an die Greuel der Faschisten so wichtig.« So kommentierte MARTIN GÜNTHER, Vorstand der Bernauer Linken und stellvertretender Landesvorsitzender, die Kranzniederlegung vom 27. Januar am OdF-Denkmal in Bernau. Die Greuel der Faschisten dürfen niemals vergessen werden und das Gedenken gilt den Opfern dieser Greuelaten. Sicherlich war das so gemeint.

Mit der Feststellung im Nebensatz, daß »es zunehmend Menschen egal ist, wenn sie mit Rechten und Faschisten demonstrieren«, vollzieht der Linksparteipolitiker einen kühnen Schwung zu aktuellen politischen Auseinandersetzungen. Es ist ja kein Geheimnis, daß sich rechte Organisationen an den Anti-Corona-Protesten beteiligen und sich bemühen, dort die Hegemonie zu erlangen. Das wird dadurch begünstigt, daß die Inhalte der Proteste differenziert und teils sehr diffus sind und die Aktionen oft von Leuten initiiert wurden, die sich aus Enttäuschung über die Politik der Herrschenden erstmals selber politisch engagieren und hierbei zum großen Teil Suchende sind. Nach anfänglicher Hilflosigkeit nicht zuletzt der AfD, wurde dort bald die Chance erkannt, die das Aufbegehren von bislang politisch nahezu unbedarften Menschen bietet.

Der Linken kann hier mal wieder attestiert werden, daß sie eine Chance nach der anderen vergeißt, sich als sozialistische Alternative zum kapitalistischen Chaos zu profilieren. Selbst den Begriff »Alternative« ließ sie sich widerstandslos entwinden. Was natürlich nicht verwundert, wenn die Besetzung von Ministerstühlen zum wichtigsten politischen Ziel wird. Um an die ranzukommen, muß man möglichen Alternativen zum Kapitalismus abschwören.

Fakt ist, daß sich auch viele links denkende Menschen an den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen der Regierung beteiligen. Hier wäre zunächst die Frage zu stellen, ob es tatsächlich so ist, daß »es zunehmend Menschen egal ist, wenn sie mit Rechten und Faschisten demonstrieren«. Vielleicht demonstrieren bloß Rechte und Faschisten mit diesen Menschen – hängen sich also in Protestbewegungen ein, die von der Linken rechts liegengelassen werden.

Eine zweite und viel wichtigere Frage wäre, warum diese Menschen überhaupt demonstrieren. Aber gerade diese Frage wird nun gar nicht mehr gestellt. Es gibt ja die einfache Antwort, daß bei Anticoronaprotesten auch Faschisten mitmarschieren, weil die nicht so blöd sind und diese Proteste, die ja in großen Teilen durchaus berechtigt sind, unterstützen. Letztlich erleben wir hier bloß ein weiteres Versagen der Linkspartei, in der – wie in der SPD von 1914 – Opportunisten längst das Sagen haben.

GERD MARKMANN

## Den Kapitalismus nicht mal grün anmalen

Leserbrief zu: »Sozialistische Partei im Wiederaufbau« von MARTIN GÜNTHER

**Martin Günther ist stellvertretender Landesvorsitzender der Linken in Brandenburg und zugleich Mitglied des Bernauer Stadtvorstandes, der ohne Vorsitzenden als kollektives Gremium agiert. Den Lebensunterhalt für sich und seine Familie verdient Günther als Mitarbeiter im Büro des Bundestagsabgeordneten BERND RIEKINGER, bis vor kurzem Co-Vorsitzender der Linkspartei. Unsere Leserin LEA SCHUMANN fand einige kritische Worte zu dem jüngsten Beitrag von Martin Günther in der »Barnimer Bürgerpost«:**

In seiner Analyse der Gründe, warum die Linkspartei bei den jüngsten Wahlen derart desaströse Ergebnisse erzielte, spricht Martin Günther zweifellos eine Reihe von zutreffenden Tatsachen an. Wenn bundesweit 250.000 Menschen, die 2017 die Linkspartei gewählt hatten, inzwischen verstorben sind, dann hat das gewiß einen nicht wegzuleugnenden Anteil an dem beobachteten Verlust an gesellschaftlicher Verankerung der Linkspartei auch in Brandenburg. Doch ist das nur ein Teil des Problems und genau genommen nur ein kleiner Teil. Wenn Martin Günther beschwört, seine Partei müsse »einen strukturellen und inhaltlichen Aufbruch hinbekommen«, dann hat er sicherlich recht, wobei aus meiner Sicht vor allem ein inhaltlicher Aufbruch nötig wäre.

Und gerade hier bleibt Martin Günther leider arg schwach. Bezeichnend dafür: »Wir wollen den Kapitalismus nicht grün anmalen, sondern

wollen, daß sich niemand zwischen seinem Job und der Zukunft seiner Kinder und Enkel entscheiden muß. Wir nennen es Klimagerechtigkeit.«

Nach dem ersten Halbsatz hätte man erwarten können, daß die Linke den Kapitalismus überwinden will und nach nichtkapitalistischen Alternativen sucht. Aber nichts dergleichen. Stattdessen will Die Linke den Kapitalismus nichtmal grün anmalen und bleibt damit sogar hinter dem Anspruch der Parteigrünen zurück.

Der Erhalt von Arbeitsplätzen, seien sie noch so dreckig und ausbeuterisch, geht vor. Das nennen sie Klimagerechtigkeit. Der Kapitalismus soll also lieber so bleiben so wie er ist, als daß durch das Grünanstreichen oder vielleicht gar den Verzicht auf die Herstellung von Rüstungsgütern herkömmliche Arbeitsplätze verlorengehen. Damit will Martin Günther eine sozialistische Partei neu aufbauen? Ohje.

LEA SCHUMANN

### »Eine letzte Chance«

Unter dieser Überschrift veröffentlichte die Tageszeitung »Junge Welt« am 25. Januar einen ganzseitigen offenen Brief von HANS MODROW, dem Vorsitzenden des Ältestenrates der Partei Die Linke, an die beiden Parteivorsitzenden Susanne Hennig-Welsow und Janine Wissler. Es sei seine letzte Wortmeldung, schreibt Modrow, der von November 1989 bis April 1990 Ministerpräsident der DDR war. Mehrere BBP-Leserinnen und -Leser baten die Redaktion, auf diesen Offenen Brief hinzuweisen. ([www.jungewelt.de/artikel/419210.partei-die-linke-eine-letzte-chance.html](http://www.jungewelt.de/artikel/419210.partei-die-linke-eine-letzte-chance.html))

Die kritische Situation, in der sich die Partei befinde, schreibt Hans Modrow, sei nicht durch das »desaströse Resultat bei den Bundestagswahlen« entstanden. »Das Ergebnis machte die innere Verfaßtheit lediglich sichtbar. Wenn die Partei sich nicht im klaren ist, wofür sie steht und was ihr Zweck ist, wissen dies auch nicht die Wähler... Es ist Folge einer jahrelangen, jahrzehntelangen Entwicklung.«

Nach der »krachenden Niederlage«, so Modrow, gehöre »alles auf den Prüfstand«, einschließlich der Personalien. Das Maß der Mitverantwortung sei bei jenen am größten, die die Partei führen. »Der Parteitag im Sommer in Erfurt ist nach meiner Überzeugung dafür die letzte Chance.« Die SED ging zugrunde, weil die Führung selbstgefällig und arrogant, unbeirrt und unbeeindruckt ihren Kurs verfolgte. »Die Folgen des Scheiterns der Linkspartei werden ganz Deutschland und die europäische Linke insgesamt treffen.« (bbp)

Kreiswerke Barnim:

## Neuer Wertstoffhof in Biesenthal eröffnet



Foto: TORSTEN STRAPEL

In Biesenthal hat am 19. Januar auf dem Gewerbehof an der Bahnhofstraße 81A ein neuer Wertstoffhof für die Abgabe von überlassungspflichtigen Abfällen seine Pforten geöffnet. Der erste Beigeordnete HOLGER LAMPE, Amtsdirektor des Amtes Biesenthal-Barnim ANDRÉ NEDLIN, der ehrenamtliche Bürgermeister von Biesenthal CARSTEN BRUCH und Kreiswerke-Geschäftsführer CHRISTIAN MEHNERT eröffneten den Hof mit dem klassischen Banddurchschnitt. Der Wertstoffhof hat mittwochs, donnerstags und jeden letzten Samstag im Monat geöffnet.

INA BASSIN

Schließung von Krankenhäusern:

## Mitten in der Pandemie

**Berlin (bbp).** Das Gesundheitssystem in der BRD sah sich in den Jahren 2020 und 2021 angesichts der sogenannten Corona-Pandemie vor großen Herausforderungen gestellt. Nicht zuletzt bestand die Gefahr und mancherorts auch die Realität, daß die Bettenkapazitäten in den Krankenhäusern, insbesondere in den Intensivstationen, nicht mehr ausreichten, um alle Erkrankten zu betreuen.

Ungeachtet dieser Tatsachen und Gefahren sind im Jahr 2020 in der BRD insgesamt 20 Krankenhäuser geschlossen worden. Im Jahr 2021 folgten noch einmal 10 Krankenhaus-schließungen, wie CARL WEIßMUTH vom Bündnis Klinikrettung am 5. Januar der Tageszeitung »Junge Welt« sagte. Zu den vollständigen Schließungen kamen 2021 noch 21 sogenann-

te Teilschließungen. Für die kommenden Jahre sind bereits 31 Krankenhausschließungen beschlossen, bei weiteren 19 Kliniken sei absehbar, daß ihnen akut das Aus droht.

Die Ursache für das Kliniksterben sieht Weißmuth in »eklatanten politischen Fehlentscheidungen«. Die Bundesregierung habe zugelassen, daß Krankenhäuser unterfinanziert sind und sie dem Markt ausgesetzt. Daher hätten im vergangenen Jahr 60 Prozent der Kliniken rote Zahlen geschrieben. Vor allem private Betreiber – aber nicht nur diese – sind dann schnell dabei, die »Verlustbringer« vom Markt zu nehmen. Mit dem tatsächlichen Versorgungsbedarf habe das alles nichts zu tun. Nötig sei eine hinreichende Krankenhausfinanzierung, die Klinikschließungen verhindert.

## Warnstreik bei der AOK Nordost

**Berlin (bbp).** Um den Forderungen in der aktuellen Tarifrunde Nachdruck zu verleihen, hatte die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) die Beschäftigten der AOK Nordost am 19. Januar zum Warnstreik aufgerufen. ver.di fordert für die knapp 5.000 Beschäftigten und Auszubildenden, die unter den Tarifvertrag mit der AOK fallen, unter anderem eine Erhöhung der Gehälter um 5,9 Prozent. Außerdem sollen die Ausbildungsvergütungen um 150 Euro steigen. ver.di fordert darüber hinaus einen jährlichen Zuschuß für gesundheitliche Maßnahmen sowie die Verbesserung von Aufstiegschancen in den ersten Beschäftigungsjahren.

Die AOK Nordost gehört zur Tarifgemeinschaft der AOK e.V. (TGAOK). Diese hatte in der ersten Verhandlungsrunde erklärt, daß die Beschäftigten der AOK Nordost ganz von einem Tarifabschluß für 2022 ausgenommen werden sollen. Ein Angebot wurde nicht vorgelegt. »Statt Wertschätzung und Anerkennung der auch in Krisenzeiten für die Versicherten erbrachten Arbeitsleistung sollen hier Einsparungen

der Krankenkasse auf dem Rücken der Beschäftigten erfolgen« betont Katja Paul, Verhandlungsführerin der ver.di-Bundesverwaltung. »Dagegen werden wir uns wehren. Für eine ausreichende Finanzierung der Krankenkassen sind Politik und Management verantwortlich, nicht das Portemonnaie unserer Kolleginnen und Kollegen«, so Heike Spies, Gewerkschaftssekretärin.

Weitere Warnstreiks, mit denen die Beschäftigten der AOK Nordost für gleiche Einkommensbedingungen kämpfen, sind nicht ausgeschlossen. Corneobedingt befinden sich die meisten Beschäftigten in Heimarbeit. Damit findet der Warnstreik auch grundsätzlich zu Hause statt, in dem die Streikenden den Computer nicht einschalten und auch telefonisch nicht zu erreichen sind. Eine kleinere Abordnung der Streikenden traf sich am 19. Januar vor dem Sitz der AOK in Berlin, Wilhelmstr. 1.

Der Kostendruck für die AOK Nordost wird indes stärker. Die jüngsten Beitragserhöhungen veranlaßten viele zahlende Mitglieder, zu anderen Krankenkassen mit geringeren Zusatzbeiträgen zu wechseln.

Jeden Montag um 17 Uhr am Kirchhang:

## »#UNTEILBAR«-Kundgebung in Eberswalde

**Eberswalde (bbp).** »Auch wir teilen nicht alle Maßnahmen der Politik, sehen Fehler, die gemacht werden und sind pandemiemüde«, heißt es in einem Aufruf von #UNTEILBAR EBERSWALDE und anderen Gruppen, die damit auf die Montagsdemos »Widerstand für Demokratie und Schutz unserer Kinder« reagieren. Eine Demokratie halte aus, daß diese Zustände kritisiert und diskutiert werden. Darin liege die Stärke der Demokratie. »Wir wehren uns gegen die Erzählung, daß die Pandemie von Mächten mit Hintergedanken geplant wird, gegen Umsturz- und Rachefantasien gegenüber Menschen in der Politik oder der

Polizei.«, meinen die Kundgebungsaufrufer. »Die Montagsspaziergänge«, so #UNTEILBAR, »finden unter Beteiligung und starker Unterstützung durch Rechtsextremisten statt, auch wenn die Mehrheit der Spaziergänger sich sonst von Rechts distanzieren.« Ob sich auch in Eberswalde Rechtsextremisten stark beteiligen und und starke Unterstützung leisten, ist bisher von niemandem belegt worden.

Die Initiative #UNTEILBAR zeigt sich solidarisch mit den Pflegekräften und Ärzten, Menschen mit Existenzsorgen und jenen, deren Freunde, Verwandte oder Nachbarn starben.

## Hausaufgabenhilfe

Eberswalde (bbp). Die Bürgerstiftung Barnim Uckermark bietet in Kooperation mit der Stadtkirchengemeinde Eberswalde für Kinder und Jugendliche aus geflüchteten Familien Hausaufgabenhilfe an. Wie die Agentin für Freiwillige bei der Bürgerstiftung Katja Schmidt informiert, werden vor allem für die Fächer Deutsch, Englisch, Mathematik, Chemie, Physik noch dringend Freiwillige gesucht.

Ein Ziel der Hilfe ist, daß die Teilnehmenden in diesem Frühjahr den Abschluß der 10. Klasse schaffen und sich dann um eine Lehrstelle bewerben können. Aber auch andere Kinder ab Klasse 7 suchen Unterstützung, um die Hürden der Schule besser zu bewältigen. Die Hausaufgabenhilfe findet jeweils montags und mittwochs von 16 bis 18 Uhr statt. Hilfwillige melden sich bitte bei der Freiwilligenagentur (Tel. 03334/2594959, eMail: freiwillig-ew@buergerstiftung-barnim-uckermark.de bzw. boettger@buergerstiftung-barnim-uckermark.de).

## Verrückt

*Karlchen denkt mit jeder Zelle,  
Schon an die nächste Monsterwelle.  
Selbst im Schlaf konnte er mit Schrecken,  
Sie am Horizont entdecken.*

*Mit Viren voll beladen,  
Näherte sie sich den Gestaden.  
Kaum ist sie auf das Land gekracht,  
Ist unser Karlchen aufgewacht.*

*Schweißgebadet war der Mann,  
Fragte sich, wie stell ich's an?  
Daß jeder von dem Ding erfährt,  
Das wäre eine Warnung wert.*

*Die Ungeimpften muß ich retten.  
Die blockieren sonst die Betten.  
Die Geimpften sind geschützt.  
Obwohl die Impfe oft nicht nützt.*

RAINER KROBOTH

## Rentensprechstunde

»Brandenburgische Rentnerinitiative«  
Fragen zum Rentenbescheid? Hier ist Klärung möglich: Der Arbeitskreis »Brandenburgische Rentnerinitiative« gibt kostenfreie Hilfestellung beim Lesen der Bescheide und Formulieren von Widersprüchen. Die nächsten Termine bei der Volkssolidarität Barnim:

**Eberswalde.** Wohnanlage am Richterplatz (Mauerstr. 17) am 9.2. und 9.3., 10-12 Uhr.

**Biesenthal.** Begegnungsstätte (August-Bebel-Str. 19) am 9.2. und 9.3., 13-15 Uhr.

**Bernau.** Begegnungsstätte (Sonnenallee 2) am 16.2. und 16.3., 10-15 Uhr.

Bitte unbedingt anmelden bei Frau Nikitenko unter Tel. 03338/8463. Änderungen vorbehalten.

ANDREA HOEHNE



## Sonderschau verlängert *Rundfunkgeschichte in EW*

**Eberswalde (prest-ew).** Die Sonderausstellung »Kommunikation mit Strom – Telefon und Rundfunk« im Museum Eberswalde wird bis zum 31. August 2022 verlängert. Die Ausstellung zeichnet die Geschichte von Rundfunk und Telefon von den Anfängen bis heute nach.

Zwischen Neustadt-Eberswalde und Schöp-furth, heute Finowfurt, wurde 1877 die erste deutsche Telefonverbindung außerhalb Berlins in Betrieb genommen. Von 1909 bis in die 1930er Jahre betrieb die Firma C. Lorenz einen Versuchssender für drahtlose Telegrafie und Telefonie am Finowkanal. Die Ergebnisse der dort durchgeführten Versuche ermöglichten mit weiteren Funkversuchen der Reichspost in Königs Wusterhausen 1923 den Start des Unterhaltungsrundfunks in Deutschland.

Mehr dazu kann beim Besuch der Sonder-schau im Museum Eberswalde in der Stein-straße 3 erfahren werden.

Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag  
10 - 13 Uhr und 14 - 17 Uhr.

## Vor einem Jahr in den USA: *Wiedermal war Wahl*

*Alte Garde kehrte zurück,  
Establishment es schwelgt im Glück.  
Spricht von Jahren böser Dunkelheit,  
Über deren Ende es sich freut.*

*Zieht ihr über Trump Bilanz,  
Beleuchtet ruhig die Sache ganz.  
Beleuchtet man das Kriegsgeschehen,  
Was müssen wir da plötzlich sehen?*

*Als Biden Obamas Vize war,  
Gab es weltweit Kriege – wunderbar.  
Was wurde gestorben, gemordet und zerstört,  
Das Establishment war nicht empört.*

*Deutschland hat jetzt wieder einen Freund.  
Auch AKK marschiert mit ihm vereint.  
So wie ich die Folgen sehe,  
Ach herrje, herrjemine!*

RAINER KROBOTH (Anfang 2021)

Unmenschliche Abschiebungen im Barnim:

## »Immer nach Recht und Gesetz«

**Eberswalde (bbp).** Zum 31. Oktober 2021 waren bei der Ausländerbehörde der Kreisverwaltung Barnim 9.650 Menschen registriert, die nicht über die BRD-Staatsbürgerschaft verfügen. Nur ein Teil davon haben Asylanträge gestellt. Zu den Registrierten gehören auch Bürger anderer EU-Länder, die im Landkreis leben und arbeiten oder an der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde studieren.

Die Ausländerbehörde ist Bestandteil des Sachgebietes Öffentliche Ordnung, zu dem auch die Themen Jagd und die Fischerei gehören. Sachgebietsleiter ist ERIK MASCH, bislang Chef von 20 Angestellten, davon zwölf in der Ausländerbehörde. Seit Anfang des Jahres wurde sein Sachgebiet personell erheblich aufgestockt. Fünf neue Planstellen kamen hinzu, allein vier in der Ausländerbehörde. Gegenüber der lokalen Tageszeitung begründete Masch das mit einer höheren Zahl von Ausländern im Barnim, die sich in den vergangenen zehn Jahren verdreifacht habe. Der sogenannte Flüchtlingsstrom von 2015 habe dafür nur einen Teil beigetragen. Der Sachgebietsleiter spricht von einer »Magnetwirkung« der HNEE.

Aktuell gebe es 728 Menschen im Landkreis Barnim, deren Asylgesuch abgelehnt wurde. 626 von ihnen werden aus den verschiedensten Gründen »geduldet«. So sei bei manchen die Identität nicht ausreichend belegt oder sie sind in ärztlicher Behandlung. Masch sagte dem Heimatblatt: »Wir entscheiden immer nach Recht und Gesetz«. Dieses besage, daß Duldungen in der Regel für drei Monate ausgesprochen und erneuert werden, bis die behördliche Prüfung einen neuen Sachstand ergebe.

Der Behördenangestellte nutzte die Gelegenheit, das Wirken seiner Dienststelle reichlich zu loben. So werde der Beschluß zur Abschiebung gar nicht von der Barnimer Ausländerbehörde getroffen, sondern von der Zentralen Ausländerbehörde des Landes Brandenburg in Eisenhüttenstadt oder einer der Außenstellen wie Oranienburg, die für den Landkreis Barnim zuständig sei. Im Barnimer

Landratsamt werden die Ausreisepflichtigen vor allem beraten. »So mancher Betroffene ist schon mit ein paar tausend Euro freiwillig in sein Heimatland zurückgekehrt«, nennt der Sachgebietsleiter das Ziel der »Beratung«. Bis Ende Oktober habe es 2021 bereits 16 freiwillige Ausreisen aus dem Barnim gegeben, im Jahresdurchschnitt könnten um die 20 Personen dazu überredet werden, freut sich Erik Masch. Hinzu kamen sieben Abschiebungen.

Asylbewerber aus Eritrea, Somalia und Syrien hätten »realistische Chancen«, in der BRD bleiben zu dürfen. Hier liege die Anerkennungsquote über 50 Prozent. Für Rußland gelte das nicht. Während die Mainstreammedien nicht genug gegen die »Putin-Diktatur« hetzen können, gilt Rußland in der Ausländerbehörde als demokratischer Staat. Da sei es für die Betroffenen schwierig nachzuweisen, daß sie zu Hause an Leib und Leben gefährdet seien.

Das betreffe auch die tschetschenische Familie aus dem Brandenburgischen Viertel, die vor Weihnachten abgeschoben werden sollte. Masch: »Die Abschiebung ist ausgesetzt, nicht aufgehoben«. Es habe sich herausgestellt, daß der erwachsene Sohn inzwischen eine eigene Familie gegründet hat. Das Abschiebungsverfahren des Familiengründers habe nun erstmal Priorität, so der Sachgebietsleiter, der noch nachschiebt, daß Großfamilien nach Möglichkeit nicht auseinandergerissen werden sollen.

Bei der vor Weihnachten zeitgleich realisierten Abschiebung des 20jährigen Sohns einer alleinstehenden Frau war darauf keine Rücksicht genommen worden. Aber das war ja auch nur eine Kleinfamilie.

## Von Trump bis NATO-Deutschland

*Meinst Du die Russen wollen Krieg? (Jewgeni Alexandrowitsch Jewtuschenko)*

Sie wollen sich nicht damit abfinden, daß ihre Zeit vorbei ist. Trump hat es vorgemacht mit dem Aufstand gegen das Weiße Haus.

Die Zeit für die Weltbeherrscher – USA, NATO und im Verbund Deutschland – ist vorbei. Der verlorene Krieg in Afghanistan, der zunehmende Verlust des Einflusses auf das Weltgeschehen, der Aufstieg Chinas als Wirtschaftsmacht von Weltbedeutung, der wirtschaftliche Aufstieg Rußlands, begünstigt durch die Embargos, der Rohstoffreichtum Rußlands, auf den Europa-West angewiesen ist, die enger werdende Verbindung China und Rußland, die Herausbildung der G8-Staaten in Asien mit vier Milliarden Menschen, gegenüber einer Milliarde Einwohner der G7, Verlust des Einflusses auf Afrika südlich der Sahara an

China, das dort Infrastruktur und Eisenbahnen baut und Wirtschaft entwickelt, Initiative Seidenstraße, Einbruch der Holzimporte aus Rußland, Verkauf des wichtigsten Mittelmeerhafens Piräus durch den damaligen Finanzminister Schäuble an China. Man könnte die Aufzählung fortsetzen.

Die Gefahr besteht, daß den NATO-Herrschern die Sicherung durchbrennt und sie einen neuen Krieg anzetteln.

Wer hat den Maidan in der Ukraine in-zeniert? Wer stellte die Scharfschützen, die in Kiew Demonstranten niederschossen? Die Ukraine ist einem NATO-Putsch erlegen und hört zunehmend auf, zu funktionieren im Sinne der NATO.

MARTIN RUHTZ



## Eberswalde wird Host Town

**Eberswalde (prest-ew).** Anlässlich der Special Olympic World Games 2023 in Berlin hatte sich Eberswalde als Gastgeberkommune für das »Host Town Program / 170 Nationen – 170 inklusive Kommunen« beworben. Nun fiel eine erste Entscheidung und Eberswalde wurde, neben Städten wie Hamburg, Köln und München, zur Host Town ernannt. Insgesamt wurden 228 Bewerbungen mit 263 involvierten Kommunen beim Organisationskomitee eingereicht.

»Wir, das lokale Organisationsteam für das Host Town Programm, freuen uns über diese wunderbare Möglichkeit, Teil dieses bundesweiten und darüber hinaus eines weltweiten Sportereignisses zu werden, welches ganz bestimmt zu mehr Verständnis für die Belange von behinderten Menschen und insbesondere für Menschen mit geistiger Behinderung schaffen kann. Und ich möchte schon heute die Stadtgesellschaft und das ehrenamtliche Engagement in unserer Stadt einladen, für die Athletinnen und Athleten, die uns im Juni 2023 in Eberswalde besuchen werden, ein tolles Willkommen und ereignisreiche gemeinsame Tage zu schaffen«, so Katrin Forster-König, Referentin für

Generationen und Familie, Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragte.

Über vier Tage, vom 12. bis zum 15. Juni 2023, ist Eberswalde Gastgeber für die Athletinnen und Athleten und deren Angehörige vor Beginn der Wettbewerbe in Berlin. Die Delegationen lernen vor Ort Land und Leute kennen. Aus der Nähe erfahren sie die Besonderheiten und Einzigartigkeiten unserer Stadt und Region.

In der Woche vom 17. bis zum 24. Juni 2023 werden in Berlin und damit erstmals in Deutschland die Special Olympics World Games (kurz: SOWG) ausgetragen, die weltweit größte Sportveranstaltung für Athletinnen und Athleten mit geistiger und mehrfacher Behinderung. Für die SOWG, die vom Internationalen Olympischen Komitee offiziell anerkannt sind, werden allein 7.000 Sportlerinnen und Sportler sowie sogenannte »Unified Partnerinnen und Partner«, also Menschen ohne Behinderung, aus 170 Nationen aller Kontinente erwartet, die sich in 24 Sportarten miteinander messen werden ([www.berlin2023.org](http://www.berlin2023.org)).

## Erstmal alle Bäume fallen

Beschlußfassung zum »Schorfheideplatz« am 17.2. im Eberswalder Hauptausschuß

**Im Herbst 2020 hatten die Eberswalder Stadtverordneten das »Wegenetzkonzepts für das Brandenburgische Viertel« beschlossen. Zu den dort vorgebrachten Vorschlägen gehörte auch die Gestaltung den Bereich an der Einmündung der Beeskower in die Schorfheidestraße. Die Autoren des Konzepts von der Berliner Gesellschaft für Architektur, Stadtplanung und Regionalberatung nannten das Areal »Schorfheideplatz«.**

Im Wegekonzept wurden eine ganze Reihe von Defiziten aufgezählt und der Bereich als »unternutzter Transitraum mit unzureichender Gestaltung« bezeichnet. Inzwischen liegt eine Entwurfsplanung samt Baubeschluß vor. Über beides soll am 17. Februar der Hauptausschuß der Stadt Eberswalde entscheiden.

Wesentliche Ziele der Planung seien die Herstellung bzw. Verbesserung barrierearmer Wegeführungen, die Verbesserung der Einsehbarkeit sowie der Aufenthaltsqualität an dem Knotenpunkt. Zudem sollen die Rückhaltung, Speicherung und die Verdunstung von Regenwasser gefördert werden. Das Prinzip der »Schwammstadt« soll in kleinem Maßstab Anwendung finden.

Im Zuge der Vorplanung seien »diverse Varianten« untersucht worden, über die der interessierte Bürger allerdings nichts erfährt. Für die Entwurfsplanung wurde von der Stadtverwaltung die Variante 5 als Vorzugsvariante ausgewählt. Die Straßenführung der Beeskower Straße wird »nach Westen verlegt, um eine Platzfläche mit höherer Aufenthaltsqualität im östlichen Bereich zu erhalten. Dieser kleine Platz soll mit Pflaster befestigt werden. Sitzbänke, Pflanzkübel und ein niedriges Kletterelement werden sinnvoll und ansprechend angeordnet. Rings um die versiegelte Platzfläche werden ca. 20 cm tiefe Mulden hergestellt, so daß Niederschlagswasser nach

Starkregen zurückgehalten werden kann.« Durch flache Böschungen bleiben die Mulden begehbar. Unter der größten Mulde soll ein Substrat eingebracht werden, »welches das Wasser unterirdisch besser speichern kann als die natürlicherweise vorhandenen sandigen Böden.«

Weiter wird ausgeführt, daß »etliche Baumpflanzungen geplant« seien. Allerdings wird kein Wort darüber verloren, daß **alle vorhandenen Bäume** – insgesamt acht – im Rahmen der Baumaßnahme beseitigt werden sollen. Die Hälfte davon sind erst in jüngster Vergangenheit gepflanzt und mit erheblichen Aufwand über die vergangenen trockenen Jahre gebracht worden. Geringfügige Planänderungen würden ausreichen, um die meisten der vorhandenen Bäume zu erhalten. Im Tiefbauamt scheint solch ein Ansinnen allerdings völlig außerhalb der Denkstrukturen zu liegen. Da herrscht die Ideologie vor, erstmal alles Vorhandene abzuräumen, um »Baufreiheit« zu schaffen. Dann kann mit hohen Kosten alles neugestaltet werden. Über die Mühen und Kosten der Vergangenheit muß man ja nicht nachdenken.

Würde man dies tun – also darüber nachdenken – käme man recht schnell auf Ideen, wie trotz Neugestaltung die vorhandenen Bäume weitgehend stehen bleiben könnten. Noch wäre Zeit, die Pläne entsprechend zu ändern.

ANNA FRÖHLICH

## Baerbock an der Front



Foto: SVA

Die bündnisgrüne Außenministerin Annalena Baerbock hat die Ukraine besucht und es sich nicht nehmen lassen, sich in martialischer Tracht mit Stahlhelm und Schutzweste an der Front in der Ostukraine fotografieren zu lassen. (gm)

## Meine Meinung

Ich habe die Zeile aus der Nationalhymne der DDR, »...daß nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint...« als Mutter und Oma so verinnerlicht, daß ich mich nach der Bestallung einiger Minister in der neuen Ampel-Regierung nur noch wundere. Wiederum hat eine Frau (Mutter?) das Amt des Verteidigungsministers/Kriegsministers übernommen. Allerdings will diese wohl statt Soldatenstiefel Pumps und gelackte Fingernägel tragen.

Nun frage ich mich, wie man das Amt und das Muttersein ausüben will und mit dem Gewissen vereinbaren kann, wenn junge Soldaten in Kriegseinsätze geschickt werden sollen. Deutschland hat ja wohl auch ohne UNO-Zustimmung nach 1990 an Kriegen teilgenommen und mehr als 50 Soldaten allein in Afghanistan verloren. Ich frage mich, ob die ehemaligen Ministerinnen von der Leyen (7) und Kramp-Karrenbauer (3) eines ihrer Kinder zur Bundeswehr und zum Auslandseinsatz geschickt haben.

Und ich frage mich auch, warum die neue Außenministerin wie die Verteidigungsministerin sich mit ihren ersten Statements gegen Rußland in Stellung bringen und die Drohkulisse noch verschärfen wollen. Vielleicht wissen die Ministerinnen, die beide aus den alten Bundesländern stammen, nichts über den 2. Weltkrieg, den Deutschland angezettelt und millionenfaches Leid und Zerstörung vor allen in der Sowjetunion angerichtet hat. Und wohl auch nichts davon, daß die Sowjetunion und ihre Verbündeten uns in der Folge vom Faschismus befreit haben.

Will man nun wieder Krieg in Europa, geht Frau Baerbock auf die Linie des »auch Grünen« Joschka Fischer, der Schuld beim Jugoslawienkrieg auf sich geladen hat?

Ich wünsche mir, daß die Diplomatie den Vorrang erhält und die andauernden Drohungen in Richtung Rußland und China unterbleiben sollen. Wir haben nur den einen Planeten und deshalb brauchen wir, vor allem unsere Nachkommen, Ruhe und Frieden.

ELISABETH REHBAUM 9

## Ganzheitliche Ernährung (15)

Ein gut funktionierendes Immunsystem hilft uns dabei, seltener krank zu werden. Im Krisenfall kann uns ein gut funktionierendes Immunsystem vor einer Ansteckung schützen. Wie gut unser Immunsystem funktioniert, hängt wesentlich mit unserem Lebensstil zusammen: Wie gut können wir mit Stress umgehen? Auch eine moderate sportliche Betätigung hilft hierbei. Ebenso ein ausreichender und guter Schlaf. Auch wohl dosiertes Sonnenlicht gehört hierzu.

Für jede Altersgruppe gilt: Ein gesunder Lebensstil ist das Beste, was wir für unser Immunsystem tun können. Dazu zählt auch unsere Ernährung. Ein wichtiger Pfeiler ist es, sich überwiegend pflanzlich zu ernähren, mit viel frischem Obst und Gemüse. In den Wintermonaten mit eingeschränktem Frischeangebot können Sie durchaus auf Tiefkühlware zurückgreifen. Essen Sie vor allem bunt, denn rote, grüne und gelbe Gemüse- und Obstsorten sind hervorragende Lieferanten für Vitamine, Mineralstoffe (diese gliedern sich in Spurenelemente und Mengenelemente), aber auch sekundäre Pflanzenstoffe.

Vitamine haben viele verschiedene Aufgaben, so hält Vitamin A die Schleimhäute und die Haut gesund und erhöht die Widerstandsfähigkeit gegenüber Infektionen. Vitamin K trägt zur normalen Blutgerinnung bei. Vitamin C mobilisiert die Abwehr und beschleunigt so die Heilung. Die B-Vitamine sind wichtig für die Energiegewinnung aus Protein und Kohlenhydraten (B1) und B12 ist unter anderem für die Bildung der roten Blutkörperchen wichtig.

Das Spurenelement Eisen ist z.B. wichtig für die Zellteilung. Neben Eisen tragen auch Zink und Selen zu einer normalen Funktion des Immunsystems bei. Eisen findet sich z.B. in Kürbiskernen oder in Haferflocken, aber auch in Schweineleber und anderen tierischen Lebensmitteln. Zink kommt in Gemüse und Vollkornprodukten vor, aber auch in Fleisch, Käse und Eiern. Unseren Selenbedarf können wir mit Paranüssen, Pilzen, Spargel, Kohl, Zwiebeln decken, aber auch mit Meeresfrüchten, Eiern, Wurst und Fleisch.

Durch sekundäre Pflanzenstoffe schützen sich Pflanzen vor Freßfeinden. Wenn wir nun bevorzugt pflanzliche Nahrung konsumieren, dann nehmen wir diesen Schutz gleich mit auf und füttern somit die Immunzellen. Sekundäre Pflanzenstoffe finden sich neben Obst und Gemüse auch in Nüssen, Kräutern und Gewürzen und auch in Hülsenfrüchten sowie in Vollkornprodukten.

Hervorragende Helfer im Kampf gegen Bakterien und Viren sind unter anderem alle Arten von Kohl, die eher bitteren Salate, alle Arten von Beeren, aber auch Kiwi, Möhren und Tomaten, Joghurt, Vollkornprodukte und Leinsamen.

FALK HINNEBERG, ([www.hinneberg.info](http://www.hinneberg.info))

Fragen zum Thema? Schreiben Sie an: [willkommen@hinneberg.info](mailto:willkommen@hinneberg.info)

## Berufsausbildung im Alloheim

**Die Alloheim Senioren-Residenz »Haus am Werbellinsee« in Altenhof bietet in diesem Jahr zusätzliche Ausbildungsplätze in der Pflege an. Jungen Leuten bietet sich damit die Chance, Karriere in einem äußerst krisensicheren Beruf machen zu können. Die Gründe, warum viele Schulabgänger noch keine Zusage oder keinen festen Ausbildungsplatz haben, sind vielfältig und vor allem der fortdauernden Corona-Pandemie geschuldet. Beruflich wäre das Jahr somit quasi »verloren«, da erst wieder ein Jahr später die Bewerbungsphase für Ausbildungsplätze beginnt.**

Das muß aber nicht sein, denn Teamplayer, die Freude am Umgang mit Menschen haben und die an ihrer Zukunft arbeiten möchten, sind in der Pflegebranche genau richtig und können noch in diesem Jahr bei uns ihre Ausbildung beginnen. Die beruflichen Perspektiven bei einer abgeschlossenen Pflegeausbildung sind mehr als brillant. Zudem wird die Ausbildung sehr gut bezahlt.

Auch langfristig sind nicht nur Pflegefachkräfte sehr gefragt, sondern auch »Menschen mit Herz« in angrenzenden Fachbereichen wie Haustechnik, Küche, Verwaltung oder Betreuung. Mittlerweile bewerben sich auch viele Quereinsteiger aus ganz anderen Berufszweigen. Die planbare, dauerhafte Arbeitsplatzsicherheit, die unsere Einrichtung bietet, steht bei vielen an oberster Stelle. Sogar dann, wenn man sich auch in einem fortgeschrittenen Alter für einen Berufswechsel entscheidet und in die Gesundheitsbranche einsteigen möchte.

Für dieses Jahr haben wir sogar zusätzliche Ausbildungsplätze und Fortbildungsmöglichkeiten geschaffen.

Wer sich nun sozusagen »auf den letzten Drücker« dazu entschließt, zum Beispiel eine Ausbildung in einem pflegerischen Beruf machen zu wollen, kann sich jetzt noch bewerben. Auch ein Praktikum, in dem man einmal in den Beruf hineinschnuppert, ist für Interessierte möglich. Eine Corona-Schutzimpfung ist dabei am 15.3. vom Gesetzgeber vorgeschrieben.

Schulabgänger, interessierte Quer- oder Wiedereinsteiger, die aktuell noch auf der Suche nach einem geeigneten Ausbildungsberuf sind oder sich mit Branchenwechsel-Gedanken tragen und damit noch in diesem Jahr beginnen wollen, sollten sich darum mit ein paar Zeilen bei der Einrichtungsleitung bewerben oder direkt in der Alloheim Senioren-Residenz in der Krumme Str. 5 vorbeischaauen.

ANGELA MATTHES

### Schulgesundheitsfachkräfte:

## Im Barnim bleiben sie erhalten

Die Schulgesundheitsfachkräfte bleiben zumindest im Landkreis Barnim erhalten. Als Reaktion auf die Pläne der Landesregierung, das erfolgreiche Projekt zu beenden, brachte die Barnimer Kreistagsfraktion BVB/Freie Wähler einen Antrag zur Fortführung des Projekts samt kreislicher Finanzierung ein, dem sich die Fraktion Bündnis 90/Grüne anschloß.

Diesem Vorschlag folgte auf der Kreistagssitzung am 1. Dezember eine knappe Mehrheit. Trotz harter Gegenposition des Landrates (SPD), der CDU und der AfD ergab sich ein positives Votum. Hierdurch können die beiden Barnimer Stellen fortgeführt werden.

Nun werden BVB/Freie Wähler auch in anderen Kreistagen ähnliche Anträge einbringen. So stand ein solcher gemeinsamen mit den Linken eingereichter Antrag bereits am 2. Dezember auf der Tagesordnung des Kreistages Ostprignitz-Ruppin. Hierdurch soll flächendeckend der Erhalt dieser wichtigen Stellen sichergestellt und ein Zeichen an das Land, daß die Notwendigkeit vor Ort gesehen wird, gesendet werden.

Diese Fachkräfte übernehmen nicht nur die gesundheitliche Akut- und Unfallversorgung

aller Schülerinnen und Schüler sowie die medizinische Versorgung aller mit psychosomatischen Krankheitsbildern und auch chronischen Krankheiten (wie ADHS, Diabetes, Allergien, Epilepsie u.a.) wahr. Sie sind oft auch erste Vertrauenspersonen bei kleinen psychosozialen Sorgen und unspezifischen Schmerzen und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Früherkennung von Erkrankungen. Eine weitere Hauptaufgabe ist die Prävention in den Bereichen Gesunde Ernährung, Gesundheitserhaltung durch Bewegung und Bewußtsein über den eigenen Körper und Hygiene ab der 1. Klasse. Sie füllen damit die Lücke der Schulsozialarbeit hinsichtlich der Aspekte, die mit dem mentalen und psychischen Wohlbefinden sowie deren Störungen in Verbindung stehen (Anzeichen häuslicher Gewalt, Verwahrlosung, Entwicklungsstörungen, psychische Belastung usw.) und leisten somit einen elementaren, und vor allem niedrigschwelligen Beitrag zur Netzwerkarbeit mit ärztlichen Diensten und anderen öffentlichen Aufgabenträgern.

BVB/Freie Wähler wollen somit einen wichtigen gesundheitspolitischen Akzent in Reaktion auf die nicht nachvollziehbare Kürzung im Landeshaushalt setzen. Wenn hierzu der Weg über die Kreistage nötig ist, dann muß man diesen gehen. Denn der Bedarf in den Landkreisen ist eindeutig gegeben.

SVEN WELLER

Barnimer Bürgerpost

abonnieren!

eMail: [redaktion@barnimer-buergerpost.de](mailto:redaktion@barnimer-buergerpost.de)

## Durch die Barnimer Feldmark verbunden



FOTO: LUTZ WERBET

**Altlandsberg (bbp).** Am 21. Januar trafen sich die Bürgermeister aus dem Regionalpark »Barnimer Feldmark« im Schloßgut Altlandsberg. Anlaß war der Fachbeirat der Bürgermeister, den der Verein seit vielen Jahren jährlich organisiert. Im Mittelpunkt der gut zweieinhalbstündigen Zusammenkunft stand die künftige Entwicklung der Regionalparkregion und die damit unmittelbar zusammenhängende Arbeit der Geschäftsstelle des Regionalparkvereins. Einen großen Teil der Diskussion nahm die Entwicklung des länderübergreifenden Radverkehrs in der Region im Rahmen des Regionalparkentwicklungskonzeptes 2030 ein. Die Anwesenden waren sich einig, daß der Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur weiter vorangetrieben werden muß. »Ein Negativ-Beispiel ist das Trauerspiel entlang der L31 zwischen Bernau und Blumberg«, so der Ahrensfelder Bürgermeister Wilfried Gehrke zu den teils sehr langwierigen Planungsprozessen. Fortschritte sind für die touristische Erschließung der Region mit Fahrradwegweisern abzusehen. Im Berliner Stadtbezirk Lichtenberg werde aktuell ein Konzept für die Erweiterung des bestehenden Knotenpunkt-Systems für Radfahrende für die nördlichen Berliner Bezirke erarbeitet, so Bezirksstadtrat Martin Schaefer. Torsten Jeran, Vorsitzender des Regionalparkvereins, hob hervor, daß es für den Radwegebau Fördermittel des Bundes und des Landes gibt, welche sich mit dem Kreisentwicklungsbudget des Landkreises Barnim kombinieren lassen. »Hierbei ist es wichtig, daß diese nicht nur für Radfahrende, sondern auch gleichzeitig für die Landwirtschaft und andere Nutzungen ertüchtigt werden. So haben am Ende alle etwas davon.«

Energiestrategie 2040 der Landesregierung:

## Teurer Angriff auf Bürger und Artenschutz

Die Landesregierung veröffentlichte den Entwurf für ihre »Energiestrategie 2040« am 23.12.2021 – einen Tag vor Heiligabend. Offensichtlich hoffte sie darauf, daß das Thema über die Feiertage untergeht. Denn ihr Konzept hat erhebliche Schwächen zum Schaden der Brandenburger Bürger und des Artenschutzes.

### Überzogene Ausbauziele bei der Windkraft

Die Landesregierung will die subventionsbedürftige Windkraft nun auf 15.000 MW ausbauen. Dies ist umso unverständlicher, da die Landesregierung für die Photovoltaik bei Dach- und EEG-tauglichen Flächen kürzlich ein Potential von 50.000 MW ermittelt hat. Mit gezielter Lenkung auf konfliktarme Flächen wäre ein großer Ausbau der nicht mehr subventionsbedürftigen Freiflächen-Photovoltaik kein Problem. BVB/Freie Wähler haben bereits seit 7 Jahren wiederholt die Bereitstellung von ehemaligen Tagebauflächen für die Photovoltaik gefordert.

### Keine klaren Aussagen zu Windkraft-Flächen

Die Frage, wo sie zusätzliche 7.500 MW an Windkraftanlagen bauen will, beantwortet die Landesregierung nirgends. Der gewaltige Flächenbedarf wird die Konflikte mit den Bürgern und dem Artenschutz weiter verschärfen. Sogar Landkreise, die bereits die bisher vorgegebenen 2 % der Fläche für Windkraft ausgewiesen hatten, müssen die Flächen noch einmal um mehr als ein Viertel ausweiten; voraussichtlich in Landschaftsschutzgebieten oder an Stellen, die man wegen der Nähe zu Streusiedlungen bisher nicht in Betracht gezogen hatte.

### Aufweichen von Arten- und Gesundheitsschutz

Die Landesregierung will zur Umsetzung ihrer Energiestrategie den Anwohner- und vor allem Artenschutz aufweichen. Dies kündigt die Landesregierung auf Seite 41 bereits verschleierte an. Wenn das Ziel die »Steigerung der notwendigen Flächenbereitstellung« ist, dürfte klar sein, daß die angekündigte »Angleichung«

bei Naturschutz und Artenschutz lediglich ein Euphemismus für deren Aufweichung ist.

### Unnötige Milliardenkosten durch Windkraft

Zudem zeigt es, daß der Fokus der Landesregierung auf den Ausbau der Windkraft den Klimaschutz sogar unnötig verteuert. So unterscheidet sich die Energiestrategie 2040 der Landesregierung gegenüber dem Energiekonzept 2040 der BVB/Freie Wähler-Fraktion vor allem durch 7.000 MW zusätzliche Windkraftkapazität (Mehrkosten ca. 8,4 Mrd. Euro) und ca. 1.500 MW Elektrolyse-Kapazität (Mehrkosten ca. 1,5 Mrd. Euro). Das ergibt Mehrkosten von rund 10 Mrd. Euro – etwa 4.000 Euro pro Brandenburger Bürger. Gegenüber dem Konzept von BVB/Freie Wähler verdreifachen sich die Kosten.

### Elektrolyse am ungeeigneten Standort

Die zusätzliche, subventionierte Windkraft in Brandenburg dient dabei zum großen Teil dazu, den Strombedarf der geplanten Elektrolyseanlagen zu decken (Energiestrategie 2040 LR S. 41). Auch die Elektrolyseanlagen müßten mangels Volllaststunden und aufgrund hoher Gestehungspreise für Strom subventioniert werden. Die Landesregierung führt dabei Kosten als Argument gegen den Import von Wasserstoff an. Derweil werden die erheblich höheren Kosten zur Vermeidung dieser Importe komplett ausgeblendet und wissentlich in Kauf genommen.

### Kein Vorteil im Bereich Klimaschutz

Sowohl bei der Energiestrategie der Landesregierung als auch dem Energiekonzept von BVB/Freie Wähler ließen sich die CO<sub>2</sub>-Emissio-

sionen aus dem Energiesektor durch Umstellung der Gaskraftwerke auf Betrieb mit Wasserstoff auf Null senken. In beiden Fällen wäre hierfür der Import von Wasserstoff notwendig. Im Fall des Konzeptes der Landesregierung wäre dieser ohnehin notwendige Import lediglich etwas geringer, da ein Teil des Wasserstoffs unter unnötig hohen Kosten vor Ort produziert wird.

### Fazit

Die Energiestrategie der Landesregierung hat eindeutig nicht die Zielstellung, möglichst kostengünstig eine Klimaneutralität im Energiesektor zu erreichen. Stattdessen ist sie darauf ausgelegt, eine Begründung für den weiteren Ausbau der Windkraft zu liefern. Es drängt sich der Verdacht auf, daß der Landesregierung »Klimaschutz« lediglich als Vorwand dient, um das von ihr geplante teure Subventionsgeflecht auf Kosten der Bürger zu begründen. Die Zielstellung dürfte eher darin gelegen haben, Bundessubventionen zugunsten einzelner Privater nach Brandenburg zu ziehen und Lobby-Interessen zu bedienen.

Die Landtagsfraktion BVB/Freie Wähler beurteilt die Energiestrategie 2040 der Landesregierung daher als unnötig teuer und schädlich für die Bürger in Brandenburg. Die Energiestrategie 2040 ist zudem eine Bedrohung für die Artenvielfalt. Als Gegenvorschlag haben wir ein eigenes Energiekonzept 2040 unterbreitet. Dieses ist nicht nur günstiger, sondern auch besser für die Anwohner sowie den Landschafts- und Artenschutz.

Dr. PHILIP ZESCHMANN und PÉTER VIDA

## Internierungen

Am 9. Augst 1971 griff der damalige Premierminister von Nordirland BRIAN FAULKNER, der zugleich das Innenressort verwaltete, zum schärfsten Mittel, der Internierung, der Inhaftierung von mißliebigen Bürgern ohne richterlichen Haftbefehl auf unbestimmte Zeit, um die Krise zu bewältigen. Eine katastrophale Fehlentscheidung.

Gegen die Internierungspolitik bildete sich ein breites Bündnis von Bürgerrechtlern und oppositionellen Organisationen, das Proteste gegen diese Politik und für die Freilassung der Internierten organisierte, obwohl die Regierung im August 1971 zugleich ein allgemeines Demonstrationsverbot erlassen hatte.

## Das Massaker in Londonderry

Der Protestmarsch gegen die Internierungspolitik begann um 14.50 Uhr im Neubaugebiet Creggan südwestlich des Bogside, dem Stadtteil von Londonderry, der als Hotspot des Konflikts Ziel des Marsches war. Es hatten sich 5.000 – 15.000 Menschen versammelt, um gegen die Internierungen zu protestieren. Im ersten Vierteljahr seit August 1971 waren 882 Personen festgenommen worden. Derry und Belfast waren am stärksten von den Internierungen betroffen, die die Armee in Zusammenarbeit mit der Polizei (RUC) vornahm.

Der Protestzug war zwar nicht genehmigt, aber LORD BROCKWAY betonte den friedlichen Charakter der Demonstration: »Mir erschien es als ein wirklich friedlicher Demonstrationzug. Tatsächlich habe ich niemals einen friedlicheren Marsch gesehen.«<sup>1</sup>

Als der Protestmarsch nach etwa einer Stunde den Zugang zum Bogside erreicht hatte, blockierten Soldaten des 1. Bataillons des Fallschirmjägerregiments an der Kreuzung Williamstreet/Rossvillstreet die Straße und begannen mit Verhaftungen. Die Demonstranten flohen in heller Aufregung. Um 16.07 (laut Saville Report, s.u.) eröffnete die Armee das Feuer auf die Demonstranten. 13 Personen, meist Jugendliche (die meisten 17 Jahre alt) und junge Erwachsene wurden getötet. Alle waren unbewaffnet. Viele wurden in den Rücken getroffen, als sie vor den Soldaten flohen. Einzelne wurden von Soldaten erschossen, als sie auf dem Boden lagen, um Deckung zu suchen oder weil sie verletzt waren, nicht fliehen konnten. Die Brutalität, mit der die Soldaten agierten, ist erschütternd, wie Augenzeugen berichteten. Als der Befehl zur Einstellung des Schußwaffengebrauchs erging, fielen noch mindestens 100 Schüsse. Um 16.40 Uhr fiel der letzte Schuß. Die Bilanz: 13 Tote und 14 Verletzte, einer davon erlag später seinen Wunden.

Die Presseabteilung der Armee behauptete, die Soldaten seien aus der Demonstration heraus beschossen worden und hätten deshalb zur Selbstverteidigung das Feuer erwidert. Vier der Getöteten seien schon länger den Sicherheitsbehörden als Terroristen bekannt gewesen und hätten auf den Fahndungslisten gestanden.

Vor 50 Jahren am 30. Januar 1972:

# Bloody Sunday in Derry

von Helmut Lindner

**An diesem Wintertag in Londonderry/Nordirland tötete die britische Armee 13 Demonstranten, die gegen Internierungen protestierten. Seit dem August 1969 befand sich das politische System in Nordirland, das auf der Diskriminierung eines Drittels der Bevölkerung basierte, in einer ersten Krise, als die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen ein Ausmaß erreichten, daß sich die nordirische Regierung gezwungen sah, die britische Regierung um den Einsatz der Armee zu bitten, »um die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten«. Sehr bald wurde deutlich, daß die britische Armee kein neutraler Faktor im Konfliktgefüge war, sondern als Stütze des politischen Systems, das sich überlebt hatte, fungierte und selbst Teil des Repressionsapparats war.**

Die Augenzeugenberichte, die unmittelbar nach dem Geschehen veröffentlicht wurden, lieferten ein erschütterndes Bild und widerlegten die beschönigende Darstellung der Armee. Der Abgeordnete des nordirischen Unterhauses IVAN COOPER beschrieb das Verhalten der Soldaten folgendermaßen: »Ich habe gesehen, wie die Armee systematisch Leute aufs Korn nahm, die sich hingelegt hatten oder versuchten wegzurennen.«<sup>2</sup>

Die Kaltblütigkeit und Brutalität, mit der die Soldaten gegen die Demonstranten vorgehen, wird in einem Bericht eines italienischen Journalisten deutlich: »Ich sah einen jungen Kerl, der verwundet war, auf eine Mauer zukriechen. Er rief: ‚Nicht schießen, nicht schießen!‘ Ein Fallschirmjäger ging auf ihn zu und schoß auf ihn aus einem Abstand von einem Yard. Ich sah einen Jungen, vielleicht 15 Jahre, der seine Freundin an einer Mauer schützte und dann versuchte er sie zu retten, indem er herausging mit einem Taschentuch in der einen Hand und die andere Hand über seinem Kopf. Ein Fallschirmjäger ging auf ihn zu, schoß ihm aus einem Yard Entfernung in den Bauch und das Mädchen in den Arm.«<sup>3</sup>

BENADETTE DEVLIN, Abgeordnete des britischen Unterhauses für Mid-Ulster, sagte aus, daß einige Soldaten diesen blutigen Einsatz ausgesprochen genossen hätten, sie lachten und machten schlechte Scherze, als die Getroffenen zu Boden sanken (Hibernia, 4.2.1972, S. 15ff). Während nach einiger Zeit die Einzelheiten des Geschehens am Bloody Sunday bekannt wurden, ist die Frage, ob es sich hierbei um einen geplanten Schritt zur Einschüchterung des Bogside gehandelt habe, ungeklärt. Es gibt verschiedene Umstände, die darauf hindeuten, daß die Tötung von 13 Demonstranten nicht als eine Verkettung unglücklicher Umstände anzusehen ist, wie im Widgery-Report (s.u.) gefolgert wurde.

Ein Kommentator in der Irischen Zeitschrift Hibernia wies auf folgende Punkte hin: »...wenn auch die Fallschirmjäger ein brutaler Haufen sein mögen, aber undiszipliniert sind sie nicht. Sie hätten am letzten Sonntag in Derry das Feuer nicht eröffnet, wenn sie keinen Befehl dazu gehabt hätten. Das alles hat sich ereignet, als der Kommandeur der Landstreitkräfte für den Norden, General Robert Ford, wirklich vor Ort war. Es ist offenkundig unsinnig anzunehmen, daß es ei-

nem britischen Fallschirmjägerregiment erlaubt wäre, in der Gegenwart des Landkommandeurs Amok zu laufen. Ganz offenkundig war die Schießerei eine kalkulierte Strafaktion, eine Vergeltung ... es war ein Akt eines autorisierten Genozids...«<sup>4</sup>

Als Innenminister REGINALD MAUDLING am Tag nach dem Massaker im britischen Unterhaus behauptete, die Soldaten hätten zu ihrer Selbstverteidigung geschossen, ohrfeigte ihn die Abgeordnete Bernadette Devlin dafür.

Das Geschehen vom 30. Januar 1972 wurde von einem Tribunal unter der Leitung von LORD WIDGERY untersucht. Dreieinhalb Monate nach dem Massaker wurde der Bericht am 19. April 1972 veröffentlicht. Widgery kritisiert zunächst die Organisatoren des Protestmarsches, die das allgemeine Demonstrationsverbot mißachtet hätten. Allerdings räumte er ein, daß ein zurückhaltenderer Einsatz der Armee möglicherweise nicht zu »weiteren Zwischenfällen« geführt hätte. Er räumte auch ein, daß der Kommandeur, der die Massenverhaftung befahlen hatte, die damit verbundenen Gefahren für die Zivilbevölkerung unterschätzt habe, betont aber, daß die taktische Durchführung dieser Operation nicht zu kritisieren sei. Erst als auf die Armee geschossen worden sei (ein einzelner Schuß), habe sie das Feuer erwidert. Dadurch sei aus der Operation, die die Verhaftung von Demonstranten zum Ziel gehabt habe, eine Schießerei geworden, bei der die beteiligten einzelnen Soldaten unterschiedliches Verantwortungsbewußtsein gezeigt hätten. Widgery kritisierte das Verhalten einzelner Soldaten, das an Rücksichtslosigkeit grenzt habe, aber nicht die Bestimmungen zum Schußwaffengebrauch (yellow card instructions) und stellte auch fest, daß während der Aktion kein allgemeiner Zusammenbruch der Disziplin stattgefunden habe.

Dieser Bericht stieß auf viel Kritik und wurde als Verkehrung der Täter-Opfer-Relation aufgefaßt, weil er auch zweifelhafte forensische Ergebnisse wiedergab, die die Opfer, die nachweislich unbewaffnet waren, durch ungeklärte Anhaftungen von Partikeln von Munition oder Sprengstoff belastete. Jahrzehntelang wurde deshalb von den Hinterbliebenen und Augenzeugen eine gründliche Untersuchung des Massakers und seiner Hintergründe gefordert.

1997 legte die irische Regierung der britischen Regierung einen 178 seitigen Bericht darüber vor, der im Jahr danach TONY BLAIR veranlaßte, LORDRICHTER SAVILLE mit der Leitung einer Untersuchungskommission zu beauftragen. Nach 12 Jahren legte Saville 2010 seinen Abschlußbericht von 5.000 Seiten vor, der Premierminister CAMERON am 15. Juli 2010 bei der Vorstellung des Berichts im Unterhaus veranlaßte, sich für das Unrecht, das damals geschehen ist, zu entschuldigen.

Der Saville-Report, der 195 Millionen Pfund (!) gekostet hatte, stellt fest, daß alle Opfer unbewaffnet waren und der Schußwaffengebrauch durch die Soldaten nicht gerechtfertigt war. Er stellt auch fest, daß die Soldaten während der Untersuchung falsche Aussagen gemacht hatten. Schließlich widerlegt er auch die Zweifel, die der Widgery-Report bei einzelnen Opfern gestreut hatte.

Auf der Basis der Erhebungen von Saville und der umfassenden Zeugenbefragung stelle sich die Frage der Strafverfolgung einzelner Täter. Es wurden staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen den Soldaten F. wegen des Verdachts des zweifachen Mordes und des vierfachen Totschlagversuchs und gegen weitere 18 Beschuldigte erhoben, aber am 26.11.2021 wurde mitgeteilt, daß die Ermittlungen ohne Erhebung einer Anklage eingestellt werden. Keiner der Täter wurde belangt.

(Die University of Ulster hat eine Web-Seite Conflict and Politics in Northern Ireland - Archive /CAIN-Archive eingerichtet, die sehr informativ ist.)

Anmerkungen:

1 – »It seemed a perfectly peaceful procession to me. In fact, I've never seen a more peaceful march.« (Lord Brockway, Mitglied der Labour-Party und Abgeordneter im britischen Unterhaus, in der irischen Zeitschrift Hibernia. 4.2.1982 S. 15ff)

2 – »I could see the Army systematically picking off people who had been laying down or were trying to run away.«

3 – »I saw a young fellow who had been wounded, crouching against the wall.

He was shouting: Don't shoot, don't shoot! A paratrooper approached and shot him from about one yard. I saw a young boy of about 15 protecting his girl friend against the wall and then proceeding to try to rescue her by going out with a handkerchief and with the other hand on his head. A paratrooper approached, shot him from about one yard into the stomach, and shot the girl in the arm.«

4 – »...while the paratroopers may be a brutal lot of men, they are not undisciplined. They would not have opened fire in Derry last Sunday, if they had not been ordered to do so.

The whole action took place while the Commander of the Land Forces in the North, General Robert Ford, was actually on the spot. It is patent nonsense to imagine that a British paratroop regiment was allowed to run amok in the actual presence of the land commander.

Quite obviously the shooting was a calculated, punitive retaliation ... it was an act of authorized genocide... (Hibernia, 4.2.1972, S. 3)

## Kriegsgeschrei und Aufrüstung

**Seit Monaten berichten die BRD-Qualitätsmedien über angebliche russische Truppenaufmärsche an der ukrainischen Grenze. Satellitenbilder sollten das beweisen, beispielsweise von der Gegend um Jelnja an der belorussischen Grenze, knapp 300 Kilometer vor Moskau. Dort ist seit 2015 die 144. motorisierte Schützendivision stationiert, deren Aufstellung 2021 noch nicht abgeschlossen war. Mit der 3. MotSchützendivision gehört sie zur 20. Gardearmee, die einst in Eberswalde stationiert war (BBP 12/2021).**

Die Satellitenbilder sind mit ein wenig Mühe auch mit dem aktuellen Google-Earth zu finden, und zwar etwa zwei Kilometer nördlich von Jelnja. Dort sieht man im Umfeld eine im Bau befindliche Kaserne und daneben einen Truppenübungsplatz mit Schießständen. Auch bei den Anfang Dezember veröffentlichten Satellitenfotos aus dem Raum südlich von Woronesh erkennt man auf Google-Earth einen größeren Truppenübungsplatz. Manchmal werden solche Plätze auch für Manöver genutzt, was für sich allein kaum dazu taugt, von einem Truppenaufmarsch zu sprechen.

Über den Truppenaufmarsch der ukrainischen Armee an der Frontlinie zu den Volksrepubliken im Donezbecken vernimmt man in den besagten Qualitätsmedien kaum etwas, genauer gesagt, nichts. Mindestens seit dem Herbst sind dort mehr als 100.000 ukrainische Soldaten mit schweren Waffen aufmarschiert. Die Prahlereien des Komikers Selenski über die Kampfkraft des ukrainischen Heeres mögen übertrieben sein. Klar ist allerdings, daß die heutige ukrainische Armee mit jenen Truppen, die 2014/15 gegen die Donezker Milizen verheerende Niederlagen einstecken mußten, kaum noch vergleichbar sind. Sie verfügen mittlerweile über Kampferfahrung, eine ausgeprägte nationalistische Ideologie und über neue und moderne Waffen. Die Waffenlieferungen haben sich in den vergangenen Monaten unter den propagandistischen Nebelschwaden des »russischen Truppenaufmarschs« deutlich verstärkt. Allein vom 22. bis 25. Januar lieferten die USA 250 Tonnen Militärgüter, wobei die Bandbreite der gelieferten Waffen deutlich größer ist als früher. Neben 300 Raketen für die Panzerabwehrsysteme »Javelin« und Großkaliber-Scharfschützengewehren sowie Munition verschiedenen Kalibers, Schutzwesten, Nachtsichtgeräten, Funk- und Radaranlagen wurden im Januar beispielsweise auch 100 Stück der tragbaren bunkerbrechenden M141 geliefert. Die USA haben diese in den 90er Jahren entwickelte Waffe beispielsweise bei der Eroberung des Höhlenkomplexes Torabora in Afghanistan erfolgreich verwendet. Zur Verteidigung taugen diese M141 nur bedingt gegen angreifende leicht gepanzerte Fahrzeuge. Ihre Wirkung entfaltet der »Bunkerbrecher«, wie der Name sagt, gegen befestigte Verteidigungsanlagen. Auf einer Entfernung bis zu 1000 Metern kann das Projektil bis zu 200 mm Beton, 200 mm Ziegel oder 2,1 m Sandsäcke durchschlagen. Es ist also eine geeignete Angriffswaffe, um die Verteidigungsanlagen der Volksrepubliken zu überwinden. An den Waffenlieferungen sind auch andere

NATO-Länder beteiligt. Von der Türkei hat die Ukraine bereits deren moderne Kriegsdrohnen erhalten, die im jüngsten Krieg Aserbaidschans gegen Armenien kriegsentscheidend waren. Großbritannien lieferte 2000 Granatwerfer NLAW (Next Generation Light Anti-tank Weapon). Die leichte Panzerabwehrwaffe funktioniert nach dem »Geschossen-Vergessen«-Prinzip. Das Besondere an diesem »Geschenk«: die Nutzungsdauer dieser Granatwerfer läuft in diesem Jahr ab. Das Zeug muß also möglichst schnell verwendet werden.

Besonders tun sich auch einige baltische und osteuropäische Staaten hervor. Tschechien liefert der Ukraine demnächst eine große Partie bislang mangelnder 152-mm-Artilleriegeschosse. Lettland und Litauen erhielten von den USA die Erlaubnis, Infrarotsichtgeräte und mobile »Stinger«-Flugabwehrsysteme zu liefern. Damit verglichen sind die 5.000 versprochenen Schutzhelme, die von der BRD zugesagt wurden, tatsächlich ein Witz, wie Kiew's Bürgermeister und Ex-Boxer Klitschko feststellte.

Bei aller Russophobie der neuen BRD-Regierung, besonders deren grünen Anteil, kann man daraus schlußfolgern, daß die weitere Eskalation des Ukraine Konflikts und eine Konfrontation mit Rußland offensichtlich nicht im mehrheitlichen Interesse des BRD-Kapitals liegt. Die Kiewer Führung hingegen braucht die Eskalation zum eigenen Machterhalt. Ohne die permanente Kriegsdrohung und die dadurch veranlaßte Zuführung frischer Finanzhilfen würde deren Herrschaft binnen kurzem durch die unausweichliche wirtschaftliche Katastrophe kollabieren. Allerdings würde ein tatsächlicher Krieg die faschistoide Administration in Kiew ebenfalls hinwegfegen. Daher braucht die Kiewer Führung die dauerhafte Krise. Nachbarstaaten, insbesondere Polen, könnten hingegen von einem Krieg und dem daraus folgenden Zusammenbruch des ukrainischen Staates gut profitieren. Polen könnte einen großen Teil der Westukraine unter seinen »Schutz« stellen und so mittelalterliche Großmachtsträume aufleben lassen – und dadurch gut von innenpolitischen Problemen ablenken.

Die entscheidende Rolle spielen die USA. Dort läuft offensichtlich seit einigen Jahren hinter den Kulissen ein heftiger Streit um die künftige strategische Ausrichtung. China ist längst als neuer Hauptfeind festgeschrieben. Der aktuelle Streit geht wohl darum, ob und wie dabei Rußland zumindest neutralisiert werden kann. Die Affäre um den BRD-Marinechef Schönbach, der unbedacht Wahrheiten aussprach, kann hier eingeordnet werden.

GERD MARKMANN

Eine dieser Personen wohnte in den 60er Jahren in Eberswalde, im Erdgeschoß des Hauses Goethestraße 6, genau gegenüber des Hauses, in dem später Dr. sc. Steffen Peltsch wohnte.

Damals gab es in Eberswalde das wöchentlich erscheinende Organ der Kreisleitung der SED und des Kreis Ausschusses der Nationalen Front mit dem Namen »Eberswalder Kreisrundschau«. In dieser Zeitung ist mehrmals, auch mit Bildbeiträgen, über ANNELIESE HESSE, der Ehefrau von Horst Hesse, berichtet worden. Anneliese Hesse war eine zierliche Frau mit auffallenden strohblonden Haaren. Sie erzog vier Kinder und war gesellschaftlich sehr engagiert. Bei vier Kindern sind immer welche schulpflichtig. Regelmäßig war dann auch Frau Hesse bei Elternversammlungen anwesend, immer vom Ehemann unbegleitet. Diesen traf man jedoch auf ganz andere Art und Weise. Dafür muß etwas länger ausgeholt werden.

1962, als das Ehepaar Hesse längst in Eberswalde wohnte, gab es den ersten James Bond Film im Westen, *James Bond 007 jagt Dr. No*. Dieser eine Film leitete noch nicht den Riesenerfolg der Filmreihe ein, ist aber gut gemacht und war finanziell für die Produzenten lohnend. Versuchte nun die DEFA diesen Erfolg nachzuahmen? Nur ein Jahr später kam der Film »for eyes only – Streng geheim« in die Kinos, ein guter und zugleich spannender und sehenswerter Actionfilm. Das Wort Thriller gab es damals noch nicht, aber es könnte für diesen Film zutreffen. Erst 1977 wurde ein James-Bond-Film mit dem Titel »For your eyes only« gezeigt. War die DEFA der westlichen Welt voraus? Nun, es gab sicherlich schon eine Erzählung des James-Bond-Erfinders IAN FLEMING mit diesem Titel.

Das Drehbuch zum DEFA Film schrieb kein Geringer als der Abenteuerromanschriftsteller HARRY THÜRK. Als Schauspieler standen so bekannte wie Helmut Schreiber, Martin Flörchinger, Christine Laszar, Marion van de Kamp, Eva Maria Hagen, Gerd Eglibert Schäfer und Rolf Herricht vor der Kamera. Die Hauptrolle wurde mit dem bis dahin völlig unbekanntem Schauspieler Alfred Müller besetzt. Sehr bemerkenswert ist jedoch im Vorspann des DEFA Spielfilms der Text: »die handlung des films ist frei erfunden – ähnlichkeiten mit tatsächlichen begebenheiten sind beabsichtigt.« (Der Vorspann verzichtete auf Großbuchstaben.)

In diesem Film geht es darum, daß es einem Kundschafter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) gelingt, im Hauptquartier eines US Militärgeheimdienstes, in Würzburg stationiert, Karriere zu machen. Im entscheidenden Moment entwendet er dann dort einen Kühlschrank voller Geheimdokumente, den er nach einer abenteuerlichen Flucht in die DDR bringt. Die Handlung des Filmes ist im Jahr 1961 angesiedelt, kurz vor der Sicherung der Staatsgrenze der DDR.

Bei den James Bond Filmen gab es damals die Romanvorlagen von Ian Fleming, für den DEFA Film war eine wahre Begebenheit die

Alternative Prominente in Eberswalde (Folge 16): Horst Hesse

## Der »sozialistische James Bond«

**Es gibt Eberswalder, denen man nicht begegnet ist. Sie lebten unter uns, erfüllten zum Teil eine wichtige Aufgabe und sie blieben verborgen. Sie sind somit keine Eberswalder Originale. Der Vollständigkeit halber soll aber auch über sie berichtet werden. Vorweggenommen soll aber auch gesagt sein, daß die in der Überschrift verwendete Titulierung als »sozialistischer James Bond« völlig in die Irre geht.**

Vorlage, nämlich die Aktion von Horst Hesse.

Nebenbei bemerkt, bis 1973 sahen 2,3 Millionen Kinobesucher diesen Film, hochgerechnet auf heutige Verhältnisse wären das 11 Millionen. Der am meisten gesehene James Bond Film, »Man lebt nur zweimal« wurde 1967 gezeigt, und hatte 9 Millionen Besucher.

Im Unterschied zur Filmhandlung des DEFA-Films hat Horst Hesse im Jahr 1956 tatsächlich zwei Panzerschränke mit Inhalt in die DDR überführt. Über Inhalt und Wichtigkeit des Inhalts der Panzerschränke gibt es bis heute keine glaubhaften Angaben. Man muß sich immer klar werden, es ist die Tätigkeit von Geheimdiensten. Und die produzieren Informationen, verfälschen Nachrichten, verwalten Dateien, lassen Akten verschwinden und vernichten Existenzen. So wurde angeblich Horst Hesse vom MfS mit Texten ausgestattet, die er als Haupthandlungsträger einem Publikum präsentierte, nachdem diesem der Film vorgeführt wurde. In der BRD wird solche Handlungsweise als Stasishow kommentiert, und als ein Maulkorb für die freie Meinungsäußerung von Horst Hesse betrachtet. Es soll sogar, nach Auskunft von Filmschaffenden, die die Auführungen begleitet haben, vorgekommen sein, daß der richtige Horst Hesse bei solchen Veranstaltungen gegen ein Double ausgetauscht worden sei. Andererseits, Horst Hesse erhielt viele hohe staatliche und gesellschaftliche

Auszeichnungen der DDR. In den USA wurde er in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Die bewaffneten Organe der DDR schützten das Leben von Horst Hesse mit allen Mitteln.

Horst Hesse war ein zutiefst antifaschistischer Mensch. Die Sicherung des Friedens war für ihn wichtig. Der Klamauk in den James Bond Filmen hatte keine Ähnlichkeit mit seinem Handeln. Nach dem Anschluß an die BRD gab es in vorauseilendem Gehorsam Ermittlungen der BRD Behörden. Seitens der USA erfolgten keine Ermittlungen gegen Horst Hesse. Die USA erklärten, daß ihnen keine Panzerschränke gestohlen worden seien. Daher fehlte in dem Rechtsstaat BRD jede juristische Grundlage, Horst Hesse anzuklagen.

2006 starb Horst Hesse in Schwedt (Oder). Von den Tageszeitungen berichtete nur die »Junge Welt« verspätet darüber. Horst Hesse war zweifellos ein bekannter Eberswalder, der einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Friedens leistete, dem man jedoch nur außerhalb von Eberswalde begegnete.

Auf eine Ähnlichkeit zu James Bond Filmen soll dennoch hingewiesen werden. Am Ende eines jeden solchen Filmes steht im Abspann das Wort Ende – gefolgt von einem Text: »James Bond kommt wieder«, und so wird auch der nächste Prominente, übrigens mit dem gleichen Monogramm H.H., vorgestellt werden.

ARNOLD SCHREIBER-SCHIEFERDECKER

## Bernauer Stadtbibliothek zieht um



Der Kulturhof in Bernau, Breitscheidstraße 43: Das neben der Bibliothek stehende und mehr als 100 Jahre alte gelbe Backsteingebäude der ehemaligen Berufsschule wurde umfassend saniert. Der Fußboden ist erneuert, es gibt eine neue Heizungs- und Lüftungsanlage und ein umgestaltetes Treppenhhaus. Ein großzügiges Treppenbauwerk wurde bereits zuvor beim Verbindungsbau zum ehemaligen Club23 hergestellt. Im zweigeschossigen Backsteinbau befanden sich in DDR-Zeiten die Lehrkabinette für Physik und Chemie und in BRD-Zeiten vorübergehend und behelfsmäßig auch die Stadtbibliothek. 54.000 Medieneinheiten müssen nun vom Übergangsdmizil ins Nachbarhaus getragen werden. Ich hoffe, daß mit diesem vom 7. Februar bis voraussichtlich 8. März andauernden Transport die lange Reise der Bernauer Bibliothek mit dem wohl dritten Umzug in 30 Jahren ein glückliches Ende findet.

Thomas Tobler

# Bürgerpost-Autoren 2021

**Beginnen wir mit dem nicht so Guten. Erstmals in der 26jährigen Geschichte der »Barnimer Bürgerpost« mußte im Sommer 2021 eine Ausgabe ausfallen. Der Corona-Virus hatte die Redaktion heimgesucht und einige Wochen lahmgelegt. Und leider zeigen die Langzeitwirkungen dieses heimtückischen Krankheitserregers (Long Covid) nach wie vor Wirkung und beeinträchtigen weiterhin nicht unbeträchtlich die redaktionelle Leistungsfähigkeit der BARNIMER BÜRGERPOST.**

Den Totalausfall im Juni versuchten wir zu kompensieren, indem wir die schon als Doppelausgabe konzipierte Sommerausgabe nochmals im Umfang auf insgesamt 36 Druckseiten erweiteren. Im Dezember erschien eine weitere Doppelausgabe mit 32 Seiten. Die anderen 7 Ausgaben erschienen im gewohnten Monatsrhythmus mit den üblichen 16 Seiten.

Im Jahr 2021 bereicherten insgesamt 118 Autorinnen und Autoren die inhaltliche Vielfalt der »Barnimer Bürgerpost«, von denen 60 bereits 2020 in der BBP schrieben. 59 kamen neu oder wieder hinzu (2020: 142, 2019: 134, 2018: 119, 2017: 145, 2016: 137, 2015: 105, 2014: 120, 2013: 113, 2012: 116, 2011: 97). Im einzelnen gilt unser Dank:

Jörg Arnold, Anne Balzer, Anne-Katrin Becker, Evelyn Bergeg, Philipp Bieber, Steffi Bieber-Geske, Helge Biering, Doreen Boden, Marieta Böttger, Annela Brandenfels, Helmut Braunschweig, Ruth Butterfield, Karl Diedrich, Oskar Dietterle, Karl Dietz, Anne Fellner, Stephan Fischer, Kurt Fischer, Thea Olivia Fuchs, Dieter Gadischke, Dr. Stefanie Gebauer, Dr. Rolf Gerlach, Agnieszka Gil-Dlugos, Norbert Glaske, Jürgen Granow, Annemarie Großer, Brigitte Großmann, Agnes Grüning, Martin Günther, Heiko Haase, Corinna Hartwig, Annett Heidebrunn, Clemens Herrmann, Christiane Herrmann, Anna Heyland, Waldemar Hickel, Klaus Hilpert, Falk Hinneberg, Andrea Hoehne, Katja Hoyer, Viktor Jede, Thorsten Kleinteich, Anette Kluth, Patrick Köbele, Dr. Helmut Koch, Matthias Koch, Sylke Köhn, Toralf Köhn, Michael Koth, Ursula Kregel, Kurt Kretschmann, Rainer Kroboth, Torsten Kroboth, Martina Kußin, Karl-Dietrich Laffin, Eckhard Laurich, Margit Lauterbach, Hartmut Lindner, Nils Lönnes, Lisa Lorenz, Kornelia Lubke, Dr. Winfried Ludwig, Dr. Michael Luthardt, Florian Manns, Steffen Marx, Heidrun Maske, Dr. Bernd Meißner, Birgit Mielke, Bernd Müller, Udo Muszynski, Fintan O'Toole, Karen Oehler, Kurt Oppermann, André von Ossowski, Guido Penz, Dr. Manfred Pfaff, Dr. Ulrich Pofahl, Sarah Polzer-Storek, Bernd Pomraenke, Sabine Preuß, Hans Rafalski, Elisabeth Rehbaum, Christian Rehmer, Jörg Reichel, Robert Richter, Sebastian Riesner, Glenn Rossow, Hans-Joachim Rowold, Franz Schandl, Heike Scharpf, Jörg Schneiderei, Nadine Schnittke, Bernd C. Schuhmann, Heiko Schult, Dr. Andreas Splanemann, Immanuel Stork, Thomas Strese, Monika Stürmann, David Sumser, Rena Tangens, Patrick Telligmann, Thomas Tobler, Albrecht Trüller, Isabelle Vandré, Péter Vida, Heike Wähler, Sebastian Walter, Wolfgang Weigt, Sven Weller, Christine Wernicke, Samuel Wiedebusch, Sven Wienke, Thorsten Wirth, Mirko Wolgramm, Ringo Wrase, Jörg Zaumseil, Peter Zelt, Stefan Zierke und Carsten Zinn.

Die namentlich gekennzeichneten Artikel sowie redaktionelle Texte und Notizen summieren sich im Jahr 2021 auf insgesamt 455 Beiträge. Dank unserem aufmerksamen KORREKTURKOLLEKTIV mit Kornelia Lubke, Karl Dietz und Thomas Tobler halten sich die Fehler halbwegs in Grenzen. Stets zuverlässig und schnell sorgt die Firma GRILL & FRANK für den Druck der »Barnimer Bürgerpost«. Schließlich gilt unser Dank unseren fleißigen Verteilern, ohne die Sie Ihre abonnierte Zeitung nicht lesen könnten. Nach den Ausfällen im Vorjahr konnten wir hier die Arbeit wieder auf eine breitere Basis verteilen, zu denen auch mehrere sehr junge Helfer gehören. Nach wie vor suchen wir hier noch jemanden, die oder der für den Vertrieb und die damit zusammenhängenden logistischen Aufgaben den Hut aufsetzen kann und will. Das würde auch die Redaktion entlasten, deren Arbeit dennoch ebenfalls eine personelle Stärkung sehr gut gebrauchen kann.

Dank sagen wir auch den Verkaufsstellen, in denen unsere Leserzeitung angeboten wird. In Eberswalde sind das die BUCHHANDLUNG MAHLER (Eisenbahnstr. 7), GLOBUS NATURKOST (Michaelisstr. 10) und der REGIONALLADEN »KRUMME GURKE« (Ruhlaer Str. 1). Hinzu

kommt die Finowfurter BÜCHERSTUBE LANDGRAF (Hauptstr. 167) und in Bernau die BUCHHANDLUNG SCHATZINSEL (Alte Goethestr. 2).

Finanziell steht unsere Zeitung weiterhin soliden Füßen, nicht zuletzt durch zum Teil großzügige Spenden unserer Förderabonnenten. Die Abopreise können wir somit voraussichtlich auch im Jahr 2022 auf dem seit 26 Jahren gehaltenen Niveau halten.

Auch im kommenden Jahr ist Ihre Unterstützung, liebe Leserinnen und Leser, gefragt. Bringen Sie sich ein, nicht nur als Autorin oder Autor, sondern wenn möglich durch tatkräftiges Mittun bei der Organisation des Geschäftsbetriebs, insbesondere der Verteilung, aber auch, um den Trägerverein mit Ihren Ideen und frischer Tatkraft zu stärken (Kontakt: vorstand@barnimer-buergerpost.de). Finanzielle Zuwendungen, Spenden oder Erbschaften – auch für unsere weiteren Projektbereiche (Geschichte der Arbeiterbewegung im Roten Finowtal, Kiezmagazin Maxe) – sind selbstverständlich immer gern gesehen. Unsere Kontonummer finden Sie im Impressum auf der Seite 16 dieser Ausgabe.

GERD MARKMANN,  
Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

## Nachrufe

Im Alter von 96 Jahren vollendete sich am 15. Dezember 2021 das Leben unserer Freundin und langjährigen Mitstreiterin

### Margot Moldenhauer

In den ersten beiden Jahrzehnten des Bestehens unserer Leserzeitung trug sie dazu bei, daß die BARNIMER BÜRGERPOST die Anfangsschwierigkeiten überstehen und zu dem entwickeln konnte, was unser kleines Blättchen heute ist. Viele Jahre lang sorgte sie in der Clara-Zetkin-Siedlung dafür, daß die BBP die auch meist von ihr selbst erworbenen Abonnenten erreichte. Zugleich beteiligte sie sich als Autorin inhaltlich und vor allem und nicht zuletzt sorgte sie als Vereinsmitglied, u.a. langjährig in der Funktion als Kassenprüferin, für das organisatorische Funktionieren unseres Projektes.

Die Tränen der Traurigkeit über ihren Tod mischen sich mit denen der Dankbarkeit.



Nur wenige Tage später erreichte uns die Nachricht, daß unser langjähriger Autor

### Dr. Rainer Thiel

am 19. Dezember 2021 im Alter von 91 Jahren verstorben ist. In Eberswalde wurde er vor allem als Ideengeber für den Schülerstreik von 2006 an der damals von der Schließung bedrohten Albert-Einstein-Oberschule im Brandenburgischen Viertel bekannt. Eine Lesung aus seinem Buch über den erfolgreichen Schülerstreik in Storkow (Foto) hatte die Aktivisten der Proteste gegen die Schulschließung auf die Idee gebracht, in Eberswalde Ähnliches zu versuchen. Die BBP-Redaktion hatte die Lesung damals vermittelt.

Vor und nach dem spektakulären Schülerstreik, der nicht zuletzt infolge der Mitwirkung des damaligen Schulleiters der Goetheschule und späteren Bürgermeisters Boginski mit einem Mißerfolg endete, bereicherte Rainer Thiel die BBP mit zahlreichen gesellschaftskritischen und theoretisch anspruchsvollen Artikeln, bei denen er sich positiv auf Karl Marx und Friedrich Engels bezog.

Rainer Thiel hinterließ uns ein umfangreiches Erbe an Büchern, Artikeln und sonstigen Veröffentlichungen, aus denen wir weiter schöpfen können.

GERD MARKMANN  
(Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«)  
Dr. MANFRED PFAFF  
(Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.)

## Briefwahllokal zur Bürgermeisterwahl

**Eberswalde (prest-ew).** Seit Montag, dem 31. Januar 2022, können alle wahlberechtigten Eberswalderinnen und Eberswalder im Rathaus in der Breiten Straße 41-44 das Briefwahllokal nutzen, um die Briefwahlunterlagen persönlich in Empfang zu nehmen und die Briefwahl an Ort und Stelle auszuüben. Das Briefwahllokal zur Bürgermeisterwahl befindet sich im zweiten Obergeschoß in Raum 206 und ist wie folgt geöffnet:

**montags von 7 - 14 Uhr**  
**dienstags von 8 - 18 Uhr**  
**mittwochs von 8 - 12 Uhr**

**donnerstags von 9 - 18 Uhr**  
**freitags von 8 Uhr - 12 Uhr (11.3. bis 18 Uhr)**

Die Briefwahlunterlagen können auch schriftlich oder elektronisch (siehe Rückseite der Wahlbenachrichtigungskarte) unter Angabe des Familiennamens, des Vornamens, des Geburtsdatums und der Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) beantragt werden. Für die elektronische Beantragung empfiehlt sich die Nutzung der Internetseite [www.eberswalde.de](http://www.eberswalde.de). Ebenso ist eine Beantragung per E-Mail unter [wahlbehoerde@eberswalde.de](mailto:wahlbehoerde@eberswalde.de) möglich.

Lyrikhaus Joachimsthal, 12. Februar 16 Uhr:

### Schnürsenkel für Chagall und andere Liebesgedichte

Der amerikanische Dichter KERRY SHAWN KEYS (Vilnius) liest aus seinem zweisprachigen, im Bübül-Verlag Berlin erschienenen Gedichtband *SCHNÜRSENKEL FÜR CHAGALL UND ANDERE LIEBESGEDICHTE / SHOELACES FOR CHAGALL AND OTHER LOVE POEMS*, zusammen mit der Übersetzerin Stefanie Berger (Washington D.C.). Die Künstlerin Ina Abuschenko-Matwejewa, die zu den Gedichten weibliche Akte als paper cuts gestaltet hat, wird im Lyrikhaus anwesend sein, einige ihrer Arbeiten zeigen und ihre Herangehensweise erläutern. Tanja Langer, die Verlegerin, moderiert.

Die Lesung findet online und live statt. Die Zoomadresse für die Online-Beteiligung gibt es zeitnah auf der Internetseite des Lyrikhauses ([lyrikhaus.de](http://lyrikhaus.de)).

Präsenzteilnahme ist möglich. Für eine Präsenzteilnahme wird darum gebeten, diese per eMail verbindlich zu reservieren ([info@lyrikhaus.de](mailto:info@lyrikhaus.de)). Es gelten jeweils die aktuellen Pandemieregeln.

LYRIKHAUS,

Glockenstraße 23, 16247 Joachimsthal

Sa. 12. Februar 2022, 16 Uhr, online & live: Buchpremiere Kerry Shawn Keys

## Wandertips

von BERND MÜLLER

### Die Geheimnisse des Pehlitzwerders

Sonntag, 13. Februar, Drei-Stunden-Wanderung durch wunderschöne Natur und auf den Spuren der Mönche vom Kloster Mariensee.

Heute führt uns GUDRUN JÄGER über die Halbinsel Pehlitzwerder im Parsteinsee. Die Gegend ist seit der Jungsteinzeit besiedelt und wir werden die Zeugen der Vergangenheit aufsuchen. Außergewöhnlich ist der alte und seltene Baumbestand des Pehlitzwerders, der schon Fontane begeisterte. Die älteste und imposanteste Linde ist über 550 Jahre alt, die älteste Eiche mehr als 500 Jahre. Wir besichtigen die vielen uralten Bäume, den Opferstein und die Mauerreste des Klosters Mariensee, des Vorläufers vom Kloster Chorin. Der Pehlitzwerder steht unter Bodendenkmal- und Landschaftsschutz. Zur Zeit der Mönche war der Pehlitzwerder eine Insel, die später durch einen Knüppeldamm erreichbar war. Seit 45 Jahren führt eine kleine Asphaltstraße zum Natur- und Familiencampingplatz. Wenn noch Zeit ist, unternehmen wir einen kleinen Spaziergang zum idyllisch im Wald gelegenen Ochsenpuhl.

Treff: 11 Uhr auf dem Besucher-Parkplatz am Natur- und Familien-Campingplatz Pehlitzwerder, 16230 Chorin, OT Pehlitz, Anfahrt: von Chorin aus hinter Pehlitz (OT von Brodowin), Einfahrt links; von Parstein aus Einfahrt rechts vor Pehlitz

Anmeldung unter 03344/3002881 oder [oderland@naturfreunde.de](mailto:oderland@naturfreunde.de). Wenn nicht anders angegeben, werden folgende Gebühren erhoben: Erwachsene 3 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brbg. kostenfrei.

## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)  
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (Selbsteinschätzung)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim **Vertrieb über einen Zustelldienst** wird eine **Versandkostenpauschale von 9 EURO pro Jahr** erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

IBAN \_\_\_\_\_ BIC \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_

Name, Vorname \_\_\_\_\_ Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_ Datum, 1. Unterschrift Abonent/in \_\_\_\_\_

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: \_\_\_\_\_ Datum, 2. Unterschrift Abonent/in \_\_\_\_\_

Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden: \_\_\_\_\_

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung des o.g. Angebotes)

**Coupon senden an:** Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde  
 (Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

[www.maxe-eberswalde.de](http://www.maxe-eberswalde.de)

## impressum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.

**anschrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

**telefon:** (0 33 34) 35 65 42 (AB)

**e-mail:** [redaktion@barnimer-buergerpost.de](mailto:redaktion@barnimer-buergerpost.de)

**internet:** [www.barnimer-buergerpost.de](http://www.barnimer-buergerpost.de)

**redaktion:** Gerd Markmann

**druckerei:** Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

**redaktions-schluß:** 2. Februar 2022

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 2. März 2022.